:antifaschistische nachrichten Nr. 21

g 3336 18.10.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Beifall von der rechten Seite

FULDA. Bei der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa" schaffte es die unlängst wegen umstrittener Äußerungen zu familiären Werten während des Nazi-Regimes vom NDR gekündigte Moderatorin Eva Herman sogar aufs Titelbild. „Das neue Eva-Prinzip. Entlassen – Verleumdet – Ausgegrenzt", heißt es dort. Die DVU kündigte eine Solidaritätskundgebung für Herman auf dem Hamburger Rathausmarkt an. Der NPD-nahe „Ring Nationaler Frauen" (RNF) lobte Hermans „Standhaftigkeit gegenüber den Meinungs-Machern".

Bei einer bekannten TV-Talkshow wich sie jüngst Nachfragen zu ihren umstrittenen Äußerungen mehrfach aus und flog raus. Offene Türen fand sie hingegen beim „Forum Deutscher Katholiken", das vom 5. bis 7. Oktober in Fulda tagte. Vor etwa 700 Menschen hielt Herman eine 40-minütige Gastrede und bekam tosenden Applaus. Kongress-Leiter Alois Konstantin Fürst zu Löwenstein bezeichnete Herman dort als „tapfere Frau", die sich gegen das „öffentliche Geheul" stemme. Hessens Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel (CDU), zugleich Schirmherr der Veranstaltung, sagte hingegen seine Teilnahme an dem Kongress ab. Sein Büro hatte zuvor darauf gedrängt, Herman auszuladen.

Keine Probleme mit seiner Teilnahme hatte hingegen Militärbischof Walter Mixa. Der noch im Juli wegen seiner Äußerungen zur islamischen Präsenz in Deutschland von den „Grünen" heftig kritisierte Augsburger Bischof sieht im „Forum Deutscher Katholiken" ein „wichtiges Gremium der katholischen Laienarbeit".

Unterdessen läuft der Verkauf des neuen Buches von Herman gut. Unmittelbar nach seinem Erscheinen stieg es auf Platz 23 der Buch-Charts.

hma ■

Inhalt:

Am Montag, 1. Oktober gingen auf einer vom Stadtrat Melle organisierten Demonstration über 3000 Menschen auf die Straße, um gegen den Kauf des Meller Bahnhofs durch den Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Rieger zu demonstrieren.

Gemeinsame deutsche Liste der extremen Rechten zur Europawahl?

Ein großer Kreis von Parteien und Einzelpersonen gibt Erklärung heraus

Alle relevanten Parteien der deutschen extremen Rechten und einige Einzelpersonen haben sich am 25. September 2007 zur tatkräftigen Unterstützung einer Gruppenerklärung der europäischen Rechtsfraktion Identität, Tradition und Souveränität (ITS) verpflichtet. Diese hatte auch die Deutschen in das Europaparlament nach Straßburg eingeladen.

Von der NPD unterzeichneten der Vorsitzende Udo Voigt und die Funktionäre Holger Apfel, Andreas Molau, Udo Pastörs, und Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg; für die DVU der Vorsitzende Gerhard Frey sen., sein Sohn Gerhard Frey jun. und die Funktionäre Bruno Wetzel und Liane Hesselbarth; für die Republikaner Rolf Schlierer und Johann Gärtner; für die neue Partei Pro Nordrhein-Westfalen sowie für die Kleingruppe Pro Köln Markus Beisicht und Markus Wiener.

Darüber hinaus unterschrieben noch einige, teilweise wichtige Einzelpersonen der extremen Rechten: Harald Neubauer, Herausgeber von Nation und Europa; Ingrid Schönhuber, ehemals REP und heute bei Pro München; Gisa Pahl, Rechtsanwältin des Deutschen Rechtsbüros; Rechtsanwalt Björn Clemens, ehemals REP, der in Hamburg für die DVU sprechen soll, und Hans Ulrich Pieper, Mitglied der Deutschen Aufbau Organisation von Alfred Mechtersheimer.

Anwesend bei dem Treffen waren von Seiten der ITS der Vorsitzende des Front National, Jean-Marie le Pen, der Vorsitzende des Vlams Belang Frank Vanhecke, der Vorsitzende der italienischen Neofaschisten von Fiamma Tricolore Luca Romagnoli und der österreichische FPÖ-Funktionär Andreas Mölzer. Dieser ist wohl auch der deutschsprachige Drahtzieher des Treffens und arbeitet schon seit dem Sommer, so Dieter Stein von der „Jungen Freiheit", an der Konstituierung einer gemeinsamen Liste zur Europawahl 2009 unter Beteiligung von NPD und DVU.

Er und die ITS-Fraktion haben nun geschafft, was die extreme Rechte in Deutschland bisher nicht alleine erreichte. Mölzer hatte schon in der Vergangenheit keine Angst auf europäischer Ebene mit der NPD Treffen abzuhalten. Gleichzeitig hat er über die FPÖ aber auch gute Kontakte zu Gruppierungen der extremen Rechten, die dem Deutschlandpakt von NPD und DVU bisher explizit ferngeblieben sind.

Mölzer selbst musste allerdings für sein Engagement eine persönliche Kröte schlucken: Der JF-Herausgeber Dieter

Fortsetzung Seite 3

15. „Berliner Kolleg"

BERLIN. Das um die „Junge Freiheit" angesiedelte „Institut für Staatspolitik" will am 3. November sein 15. „Berliner Kolleg" durchführen. Zu der Tagung unter dem Motto „Bildung – Zustand und Zukunft eines deutschen Ideals" sind u.a. Prof. Kurt Reinschke (TU Dresden) vom Vorstand des „Bund Freiheit der Wissenschaft" und der langjährige Präsident des „Deutschen Lehrerverbandes", Josef Kraus, als Referenten eingeladen. Kraus gehört auch zu den Autoren der „Jungen Freiheit". *hma* ■

ITS-Fraktion lud ein

STRASSBURG. Die extrem rechte Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität" (ITS) im Europäischen Parlament hatte am 25.September zu einem Treffen nach Straßburg eingeladen. Gefolgt waren der Einladung „maßgebliche Vertreter der deutschen Rechten": Führende Funktionäre von NPD, DVU, „Republikaner", „Pro NRW" und „Pro Köln" sowie verschiedene Einzelpersonen wie Ingrid Schönhuber, die Witwe des früheren Waffen-SS-Mannes Franz Schönhuber, der Leipziger Prof. Dr. Michael Friedrich Vogt, der Ex-"Republikaner" Dr. Björn Clemens, die Hamburger Rechts-Anwältin Dr. Gisa Pahl, der Mitherausgeber der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa", Harald Neubauer, und der Begründer der „Dienstagsgespräche", Hans-Ulrich Pieper aus Berlin. „Übereinstimmend" verabschiedeten die anwesenden Teilnehmer eine „Gruppenerklärung" mit Grundsätzen wie die „Anerkennung der nationalen Interessen, Souveränitäten, Identitäten und Unterschiedlichkeiten" und die „Opposition zu einem vereinheitlichten und bürokratischen europäischen Superstaat".

Bereits am 27. September grenzte sich die Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) von Andreas Mölzer, FPÖ-Europaparlamentarier und zugleich Herausgeber des österreichischen „JF"-Ablegers „Zur Zeit", ab und beendete die Zusammenarbeit beider Zeitungen. Mölzer habe „neben Vertretern rechter Kleinparteien die Vorsitzenden von NPD und DVU" nach Straßburg eingeladen, „um mit diesen über eine gemeinsame Europawahlliste zu verhandeln", so die Presseerklärung der „JF". „Republikaner"-Chef Schlierer sah für sich keinen Grund, die Einladung abzulehnen. „Es war ja kein Treffen mit der NPD", so Schlierer. „Pro NRW"-Chef Markus Beisicht bezeichnete das Treffen in Straßburg als „hochinformativ", auch wenn nicht die Absicht bestehe, an der nächsten Europawahl teilnehmen zu wollen. *hma* ■

Rechts im Rheinland

NRW. Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW" hat in Dormagen, südlich von Neuss, eine erste Informationsveranstaltung durchgeführt. Über 40 Teilnehmer, so „pro NRW", seien der Einladung gefolgt und hörten sich Reden von Daniel Mike Schöppe (Dormagen), ehemals Funktionär der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und zuletzt der sog. „Republikaner", sowie der „Pro Köln"-Stadträtin Judith Wolter an. In Kürze wolle man mit einer „bürgernahen Kampagne" beginnen und 2009 in den Rat der Stadt Dormagen einziehen. Für jeden „pro NRW"-Vertreter, der in den Stadtrat einziehe, werde einer „der rot-grünen Spießgesellen" rausfliegen, so „pro NRW". Auch in Nettetal im Kreis Viersen will „pro NRW" Fuß fassen. Angeblich 10.000 Flugblätter will man in der Grenzstadt zu den Niederlanden verteilen. Als lokaler Sprecher fungiert auch hier ein ehemaliges Mitglied der sog. „Republikaner". Der Groß- und Außenhandelskaufmann Walter Rütten (41) war in der Vergangenheit stellvertretender Kreisvorsitzender der extrem rechten Partei.

Südlich von Nettetal, in Niederkrüchten, gibt es derzeit eine Debatte um die „Deutsche Land-Wirtschaft Radermühle". Diese droht nach Einschätzung der Bürgerinitiative „Kein Neonazi-Zentrum in Niederkrüchten" zu einer Schulungsstätte der Neonazis zu werden. Eigentümer des Hauses, so die Initiative in einem vor Ort verbreiteten Flugblatt, ist der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Paul Heinz Mock aus Erkelenz-Golkerath. Dieser hatte 2005 auf der Liste der NPD für den Landtag und den Bundestag kandidiert und inserierte für seine Dienste in der „Deutschen Nationalzeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey.

Für Samstag, den 6. Oktober, hatte die NPD in Krefeld zu einer Mahnwache vor dem früheren DGB-Haus aufgerufen. Über 70 AntifaschistInnen protestierten gegen den Aufmarsch von etwa 25 Neonazis aus Krefeld und Umgebung. Die Polizei erteilte Platzverweise gegen die AntifaschistInnen und nahm 41 von ihnen zeitweise „in Gewahrsam".

Für den 13. Oktober mobilisieren NPD und sog. „Freie Kameradschaften" zu einem Aufmarsch „Gegen Polizeigewalt und staatliche Repression" nach Neuss. Hier fungiert der ehemalige „Gausekretär Rheinland" der 1995 verbotenen FAP, Christian Malcoci, als stellvertretender Versammlungsleiter. Hintergrund ist die Festnahme von drei Neonazis am 18. August in Grevenbroich durch die Polizei.

Während sich die Neonazis als Opfer aufspielen, nehmen die Übergriffe auf MigrantInnen und Andersdenkende in der Region zu.

Am 13. September wurden mehrere Jugendliche am Pulheimer Bahnhof von Anhängern der „Autonomen Nationalisten Pulheim" überfallen. Anfang Oktober wurde eine junge Migrantin am Grevenbroicher Bahnhof von einem Neonazi beschimpft, geschlagen und getreten. Die junge Frau hatte sich lediglich wegen einer Nachfrage zum Fahrplan an den Mann gewandt. *peb* ■

BIW verzichtet auf Teilnahme an der Bürgerschaftswahl 2008

HAMBURG. Der Vorstand der seit dem Achtungserfolg bei der Bremer Bürgerschaftswahl bundesweit agierenden Wählervereinigung „Bürger in Wut" hat beschlossen, sich nicht an der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2008 zu beteiligen. „Der einstimmigen Entscheidung des Bundesvorstandes war eine intensive Prüfung der Chancen und Risiken eines möglichen Wahlantritts an der Alster vorausgegangen." Vor allem die knappen Finanzmittel habe die islamphobe und fremdenfeindliche Law- und Orderpartei bewogen, von einer Teilnahme abzusehen. In Wahrheit ist es wohl eher die Sitzordnung rechts der Union, die bereits von anderen Akteuren besetzt ist: Während die DVU in Hamburg das sozial deklassierte Potential rechts der Union umwirbt, wildert die „Rechte Mitte – Heimat Hamburg" des früheren Justizsenators Roger Kusch im bürgerlich, wohlhabenden Lager. Die BIW, so der Bundessprecher, Jan Timke, der vor vier Jahren in Bremen bereits für die Schill-Partei kandidiert und ebenfalls knapp den Einzug in die Bürgerschaft verfehlte, erklärt, eine Kandidatur „würde das in Hamburg ohnehin knapp bemessene bürgerlich-konservative Wählerpotential unnötig zersplittern".

Bei der Bremischen Bürgerschaftswahl am 13. Mai hatte der BIW einen überraschenden „Achtungserfolg" erzielt. Die Wählervereinigung erreichte 4,998% der abgegebenen Stimmen – nur wenige fehlende Wählerstimmen verhinderten den Einzug der rechten Populisten in die Bremer Bürgerschaft. Seitdem ist die BIW in der Bremer Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Bereits vor drei Monaten zog Udo Ulfkotte seine Kandidatur zur Hamburger Bürgerschaftswahl auf Listenplatz 2 der Deutschen Zentrumspartei zurück. Nach der Aufnahme von Dr. Ulfkotte haben die BIW als mittelfristiges Ziel die Teilnahme an der Europawahl 2009 definiert. „Für die Teilnahme an der Europawahl 2009 werden wir in den kommenden zwei Jahren die notwendigen finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen." *kun* ■

Fortsetzung von Seite 1

Gemeinsame Liste zur Europawahl?

Stein kündigte mit harschen Worten die Kooperation zwischen der JF und dem österreichischen Pendant „Zur Zeit“, dessen Herausgeber Mölzer ist, auf. Mölzer ätzte mit der Beschimpfung „Junge Feigheit“ zurück.

Eine reelle Gefahr?

Die Gruppenerklärung der ITS ist bewusst vage gehalten und die Unterzeichner erklären auch nur die Bereitschaft zur Unterstützung des Papiers. Während die Bündnis-Partner im Deutschlandpakt, NPD und DVU, die Erklärung im Wortlaut und mit der Liste der Unterzeichnenden veröffentlichten, ist man bei den anderen Parteien vorsichtiger. Pro-NRW und Pro-Köln veröffentlichten nur Teile und verzichteten auf die Nennung von Namen, die REP vermeldeten auf ihren Homepages gar nichts. Sicherlich sind die politischen Gräben tief und die REP betonen penetrant, dass sie nicht mehr im Verfassungsschutzbericht als „rechtsextremistisch“ genannt werden. Allerdings wird die Wahl zum europäischen Parlament für diese schwierig werden. Die Partei verliert kontinuierlich Mitglieder und Wähler, einige Landesverbände existieren praktisch nicht mehr. Alleine werden die REP niemals gegen ein Bündnis aus NPD und DVU Erfolg haben. Dieses gilt erst recht für die Kleinstorganisationen um Markus Beisicht. Auch die DVU würde es ohne die NPD schwierig haben. Sie verliert ebenfalls kontinuierlich Mitglieder und Funktionäre, sie ist stark überaltert, hat kein funktionierendes Parteileben und die Nachfolge des 74-jährigen Patriarchen Gerhard Frey ist noch ungeklärt. Die NPD „ist der entscheidende Faktor in diesem sogenannten ‚Volksfrontbündnis‘“, schreibt auch Dieter Stein in seiner Einschätzung einer möglichen Europaliste. Er lehnt die NPD aber wegen ihrem offensichtlichen NS-Bezug entschieden ab. In der Fraktion Identität, Tradition und Souveränität sitzen jedoch schon jetzt Parteien, die mindestens so rassistisch und antisemitisch sind (Koalizija Ataka, Bulgarien und Partidul Romania Mare, Rumänien) oder ebenfalls in direkter faschistischer Tradition stehen (Fiamma Tricolore und Alternativa Sociale, Italien) wie die NPD. Die Fraktion ITS dürfte höchstens Schwierigkeiten mit der NPD haben, wenn es um die ehemaligen Deutschen Gebiete in halb Europa geht. Es ist eher zu befürchten, dass die ITS eine wie auch immer gestaltete deutsche Kandidatur politisch, propagandistisch und finanziell unterstützen könnte. Außerdem zeigen vergangene Europawahlen, dass die Bereitschaft einer kleinen Liste die Stimme zu geben, größer ist, weil Brüssel und Straßburg eben doch fern sind und man weniger Angst hat, seine Stimme zu „verschenken“. Mit der NPD zur Europawahl ist fest zu rechnen, eine gemeinsame Liste wäre eine echte Gefahr. *erk* ■

3. November: Nazis wollen durch Oberhausen marschieren

AUGSBURG. Zum dritten Mal innerhalb eines Jahres wollen Nazis wieder in Augsburg demonstrieren. Unter dem Motto „Sicherheit JA – Überwachung NEIN. Meinungsfreiheit erhalten, Grundrechte stärken“ wollen die Faschisten durch Oberhausen marschieren. Inhaltlich knüpfen die Nazis an einen Aufmarsch im Dezember letzten Jahres an, als sie „Gegen Polizeigewalt“ mehrere Stunden durch die Innenstadt marschierten. Organisiert wird die Demonstration mehrheitlich von sogenannten autonomen Nationalisten. Diese neue Bewegung innerhalb der rechtsextremen Szene greift geschickt Codes und Auftreten antifaschistischer und autonomer Gruppen auf und versucht so, gezielt in jugendlichen Subkulturen Anhänger zu finden. Lokale antifaschistische Gruppen haben sich bereits getroffen und über Gegenaktivitäten diskutiert.

Eine Sprecherin des AK Antifa der Gruppe Contra Real meinte: „Der Aufmarsch der Neonazis durch das multikulturell geprägte Stadtviertel Oberhausen stellt eine gezielte Provokation dar. Bei unseren Gegenaktionen zur Nazidemo werden wir gezielt auf die dort ansässige Bevölkerung zugehen und hoffen, dass sie es sich nicht ohne weiteres bieten lassen wird, dass Nazis durch Oberhausen marschieren.“

j.c. ■

Neonazi kandidiert bei Bürgermeisterwahl

BIETIGHEIM (KREIS RASTATT). Am 14.10.2007 wird in Bietigheim der neue Bürgermeister gewählt. Neben den Kandidaten der übrigen Parteien tritt auch der Weinheimer Neonazi Stefan Wollenschläger an. Vorab gab es am Dienstag, den 9.10.2007 eine Kandidatenvorstellung in der Bietigheimer Gemeindehalle. Geladen waren alle Bürger, um sich ein Bild von den Kandidaten zu machen. Im Vorfeld dieser Veranstaltung wurden von antifaschistischen AktivistInnen Flyer verteilt, in denen über Stefan Wollenschläger aufgeklärt wurde. (Hintergründe zur Person sind zu finden unter: www.akantifa-mannheim.de/archiv/070529infoflugi_wollenschlaeger.pdf)

Die Resonanz war überwiegend positiv. Nach einer ca. zehnminütigen Verteilzeit wurden Wollenschlägers Saalschützer aufmerksam und versuchten Photos von den Beteiligten zu schießen, was sie aber nach Protest dann schließlich unterließen. Das Verteilen der Flyer konnten Wollenschlägers Kameraden, die mit typischem „Thor Steinar Outfit“ auftraten, nicht verhindern.

Im Saal selbst wurde dem Neonazi Wollenschläger keine Aufmerksamkeit geschenkt. Bei seiner Bewerbungsrede verließen kurzerhand 3/4 der Anwesenden den Raum.

Da es Stefan Wollenschläger in Mannheim nicht gelang, mit seiner menschenverachtenden Propaganda Fuß zu fassen, versucht er nun in kleineren Orten seine „Deutsche Liste“ salonfähig zu machen. Gewiss ist jedoch, dass er auch hier mit bürgerlicher Ablehnung und vor allem antifaschistischem Widerstand zu rechnen hat.

Antifaschistisches Rechercheteam Rastatt/Murgtal, 11.10.2007 ■

Zündel-Anwalt wegen Volksverhetzung angeklagt

MANNHEIM. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft hat gegen den rechtsextremen Anwalt Jürgen Rieger Anklage wegen Volksverhetzung in neun Fällen erhoben. Der einschlägig vorbestrafte 61-Jährige verteidigte den rechtskräftig verurteilten Holocaust-Leugner Ernst Zündel vor Gericht. Wie ein Sprecher der Anklagebehörde mitteilte, wird Rieger vorgeworfen, als Verteidiger Zündels den Völkermord an den Juden in der NS-Zeit selbst wiederholt öffentlich abgestritten oder verharmlost zu haben. Außerdem strebt die Staatsanwaltschaft für den bundesweit bekannten Hamburger Juristen und NPD-Funktionär ein Berufsverbot als Strafverteidiger an. Terminiert wurde der Prozess vor dem Mannheimer Landgericht bislang nicht.

Das Landgericht hatte Zündel im Februar wegen Volksverhetzung zur Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Laut Gericht hatte er von Kanada aus im Internet und in einschlägigen Publikationen den millionenfachen Mord an den Juden während des Nationalso-

zialismus bestritten. Inzwischen verwarf der Bundesgerichtshof die Revision. In dem Prozess hatten Zündels Verteidiger – vor Gericht ließ er sich von fünf Anwälten vertreten – die Opferzahlen beim Holocaust in Zweifel gezogen.

Auch einer weiteren Zündel-Verteidigerin droht eine Verurteilung wegen Volksverhetzung. Vom 15. November an muss sie sich vor dem Landgericht Mannheim verantworten. Für die Juristin strebt die Staatsanwaltschaft ebenfalls ein Berufsverbot an. Die Anwältin war wegen „Sabotage" von dem Prozess gegen Zündel ausgeschlossen worden. Einen Brief an ein Gericht hatte sie mit „Heil Hitler" unterschrieben.

Quelle: www.sdr.de ■

Kurt Goldstein, Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR ist gestorben (1913 - 2007)

In tiefer Trauer müssen wir bekannt geben, dass am 24. September 2007 nach kurzer Krankheit Kurt Julius Goldstein, Ehrenvorsitzender der VVN-BdA, Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees, Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR, Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling im Alter von 93 Jahren in Berlin verstorben ist.

Als aktiver Kämpfer gegen den Faschismus setzte sich Kurt Goldstein nach der Befreiung für eine soziale und wirklich demokratische Gesellschaft ein, in der Faschismus und Krieg nie wieder möglich werden.

Kurt Goldstein war viele Jahrzehnte als Journalist, als politischer Sekretär und als Zeuge der Zeit mit der Arbeit der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) verbunden. Als „Alterspräsident" eröffnete er im November 2004 den 13. ordentlichen Kongress der FIR in Berlin, auf dem eine Öffnung der FIR für die heutigen Generationen beschlossen wurde.

Mit ihm verliert die internationale antifaschistische Bewegung eine der namhaftesten Leitfiguren des Widerstandes gegen den deutschen Faschismus, der bis zuletzt alles in seiner Macht stehende getan hat, an die Verbrechen des Hitler-Regimes zu erinnern und vor einem Wiederaufleben des Faschismus zu warnen.

Der deutsche Mitgliedsverband VVN-BdA und das Internationale Auschwitz-Komitee verlieren mit dem Tod von Kurt Goldstein einen ihrer bedeutendsten Repräsentanten.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau Margot und allen Familienangehörigen.

Michel Vanderborght
Präsident der FIR

Dr. Ulrich Schneider
Generalsekretär der FIR

Bundesregierung beschließt Richtlinie zur Ghetto-Rente

BERLIN/KÖLN. Die am vergangenen Mittwoch im Kabinett beschlossene „Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto" ist ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Hintergrund ist das im Jahr 2000 beschlossene, in seiner Anwendung völlig unzureichende „Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto" (ZRBG), das dazu geführt hat, dass von über 70.000 Antragstellern noch nicht einmal 6.000 eine Rente bekommen haben. Viele tausend Antragsteller liegen nun vor den deutschen Sozialgerichten.

Nun haben die über 60.000 Antragsteller, deren Anträge auf eine so genannte Ghetto-Rente von den Rentenversicherungsträgern abgelehnt worden sind, zumindest eine Chance auf die Zahlung von 2.000,00 Euro „Anerkennungsleistung". Nach wie vor gilt diese Leistung nicht für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – doch wer aus anderen Gründen abgelehnt worden ist, hat nun eine neue Chance. Sei es, dass das Ghetto, in dem er gearbeitet hat, nicht auf von den Deutschen besetztem Gebiet lag, sei es, dass die Rentenversicherung meinte, er sei zu jung zum Arbeiten gewesen oder seine Arbeit sei nicht gegen ein ausreichendes Entgelt erfolgt.

Auch diejenigen, die derzeit Sozialgerichtsprozesse gegen die Rentenversicherungsträger führen, sollten auf jeden Fall einen Antrag stellen – sollten sie ihre Prozesse gewinnen, müssen sie die „Anerkennungsleistung" allerdings erstatten.

Auch für alle Überlebenden weltweit, die in den Ghettos gearbeitet haben, aber heute in Staaten leben, mit denen Deutschland kein Sozialversicherungsabkommen hat (das gilt insbesondere für die Nachfolgestaaten der UdSSR) kann es nun die „Anerkennungsleistung" geben.

Tatsache bleibt: die Bundesregierung beschließt noch immer nicht die schon seit langem fällige und vom Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. seit langem geforderte Korrektur des ZRBG – das, was nun angeboten wird, ist sicherlich ein wichtiger Schritt, es ist aber bei weitem zu wenig, um Gerechtigkeit zu erreichen.

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
info@nsberatung.de
www.nsberatung.de ■

Bundesregierung behindert durch Geheimhaltung den Kampf gegen Rechts

BERLIN. Die Bundesregierung verbreitet bei ihren Auskünften zu rechtsextremen Musikveranstaltungen heilloses Chaos, heißt es in einer Pressemitteilung der Abgeordneten Ulla Jelpke. Sie verweigert umfassende Aufklärung, und ihre eigenen Zahlen widersprechen sich vehement. Seit über einem Jahr fragt die Fraktion DIE LINKE die Zahl der rechtsextremen Konzerte und „Liederabende" ab. Die Antworten der Bundesregierung enthalten grundsätzlich keine Angaben über die Orte, die Daten, die Musikgruppen und Liedermacher. Angeblich würde eine Veröffentlichung „Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden" zulassen, so die Begründung.

„Rechtsextreme Musikveranstaltungen sind ein wichtiges Mittel, mit dem Neofaschisten Nachwuchs rekrutieren. Darüber muss informiert und aufgeklärt werden. Negative Folgen kann ich aus der Veröffentlichung von Details nicht erkennen," so Ulla Jelpke. Allenfalls müssten die Neofaschisten ihre Konzerte noch verdeckter organisieren - wenn das zur Folge hätte, dass sie weniger Jugendliche erreichen, wäre das nur zu begrüßen.

Die Antwort der Bundesregierung enthält noch ein ganz anderes Problem: Dem Bundeskriminalamt zufolge haben im ersten Halbjahr dieses Jahres 78 Nazikonzerte stattgefunden. Das wäre gegenüber dem Vorjahr (97 im ganzen Jahr) eine deutliche Steigerung. Diese Zahlen sind aber viel niedriger als die Angaben, die wir auf vergangene Kleine Anfragen erhalten haben: Demzufolge waren es im Vorjahr fast 190 Konzerte, und in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres schon über 100 (Bundestagsdrucksachen 16/5226, 16/6156). Offenbar ist die Bundesregierung mit dem Kampf gegen Neofaschismus völlig überfordert. Dem Zahlenwirrwar und der Geheimniskrämerei muss schleunigst ein Ende gemacht werden!

Berlin, den 09. Oktober 2007
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Gut geschützt

3. Oktober 2007

DRESDEN/AACHEN/GRÄFENBERG. Mit Aufmärschen und öffentlichen Kundgebungen begehen deutsche Neonazis den heutigen „Tag der deutschen Einheit". „Deutschland ist (...) im Jahr 2007 immer noch ein fremdbestimmtes und geteiltes Land", heißt es in einem der Aufrufe, die für die Teilnahme an den Veranstaltungen am 3.10. werben: „Die ostdeutschen Länder wie Schlesien, Ostpreußen, Sudetenland usw. leben nach wie vor unter der Knute fremder Regime." Die rechtsextremen Parolen, die sich vor allem gegen Menschen jüdischen Glaubens und Migranten richten und die territoriale Integrität der östlichen Nachbarstaaten bedrohen, treffen insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Zustimmung. Während sich in weiten Teilen der östlichen Bundesländer rechtsextreme Milieus längst stabilisiert haben, fassen nun auch in westdeutschen Gebieten neonazistische Strukturen zunehmend Fuß. „Die Neonazis werden ermutigt, da es ihnen immer wieder gelingt, staatlichen Schutz für ihre Propagandaaktionen zu erhalten", berichtet Kurt Heiler von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten im Gespräch mit german-foreign-policy. Auch die heutigen Aufmärsche und Kundgebungen finden unter dem Schutz der staatlichen Sicherheitsbehörden statt.

Nationaler Volksstaat

Unter dem Motto „Für Freiheit und Selbstbestimmung!" rufen Neonazis für den heutigen Mittwoch zu einer Demonstration in Gräfenberg (Bundesland Bayern) auf. „Die BRD ist immer noch ein besetztes Land", heißt es in dem Demonstrationsaufruf, der vom bayerischen Landesverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) verbreitet wird. Demnach lebten „die ostdeutschen Länder wie Schlesien, Ostpreußen, Sudetenland usw. (...) nach wie vor unter der Knute fremder Regime", in West- und „Mitteldeutschland" hingegen müssten „deutsche Soldaten und Polizisten (...) us-amerikanische und jüdische Einrichtungen" schützen.[1] „Setzen wir deshalb in Gräfenberg ein deutliches Zeichen für wahre Freiheit und Selbstbestimmung", fordern die Veranstalter. Sie kündigen den Kampf für einen „von ausländischen Interessen unabhängigen nationalen Volksstaat" an.

Stolz darauf

Für einen „nationalen Volksstaat" kämpft die NPD auch im angrenzenden Bundesland Sachsen. Dort hat kürzlich eine Menschenjagd international für Aufsehen gesorgt: Rund 50 Deutsche hatten acht Inder durch die Kleinstadt Mügeln gehetzt. Von „einer rechten Szene" in der Stadt „kann man nicht sprechen", behauptete der Mügelner Bürgermeister wenige Tage später in einer rechtslastigen Wochenzeitung und fügte hinzu, er sei „stolz darauf, Deutscher zu sein".[2] Die NPD geht nun in die Offensive. Wie der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag mitteilt, hat er sich mit einem Brief an den indischen Ministerpräsidenten gewandt. Demnach haben die Einwohner von Mügeln sich für das Pogrom „nicht zu entschuldigen", da „die Erstanwendung von Gewalt nach dem bisherigen Ermittlungsstand von den indischen Staatsangehörigen ausging".[3]

Junge Nazis

Die NPD, die mit derlei Aktivitäten ihre kommunale Verankerung in Sachsen stabilisiert, intensiviert gegenwärtig ihre Einflussarbeit unter jugendlichen und jungen Erwachsenen. In dieser Bevölkerungsgruppe stößt die Partei bereits jetzt auf großen Zuspruch. „Je jünger die Wähler waren, desto eher entschieden sie sich für die NPD", heißt es in einer Analyse der letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern vom September 2006. [4] Demnach war die NPD „mit 17 Prozent (...) bei den 18-24-Jährigen fast neunmal so stark wie bei den über 60-Jährigen und kaum schwächer als FDP und Grüne zusammen." Bereits vor geraumer Zeit hat die Partei begonnen, mit einer Propaganda-CD („Schulhof-CD") vor allem in Schulen für sich zu werben. Dies setzt sie jetzt mit einer Schülerzeitung („perplex") fort, die in ganz Sachsen verteilt werden soll. In einer Probenummer leugnet die Partei unter anderem die Schuld des Deutschen Reichs am Zweiten Weltkrieg: „Wer weiß denn, dass Hitler vor seinem Einmarsch in Polen verzweifelt versucht hat, den Frieden zu retten?"

Durchaus alltäglich

In den ostdeutschen Bundesländern haben sich die rechtsextremen Milieus in hohem Maße stabilisiert. Bei Wahlen kann sich die NPD Umfragen zufolge in Sachsen auf sichere Werte von rund zehn Prozent verlassen, in anderen Regionen schneidet sie kaum schlechter ab. Auch in manchen Gebieten Westdeutschlands beginnen Neonazis inzwischen stärker als bisher Fuß zu fassen. In Aachen (Bundesland Nordrhein-Westfalen) und dem Aachener Umland etwa sind „gewalttätige Übergriffe gegen Menschen mit dunkler Haut durchaus alltäglich", berichtet Kurt Heiler (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, VVN/BdA). Heiler beobachtet die örtliche Neonazi-Szene seit den 1980er Jahren und stellt eine deutliche Zunahme rechtsextremer Aktivitäten fest. Die NPD hat in der Region mehrere Sitze in Stadträten erlangt, besitzt damit Zugang zu öffentlichen Geldern und entwickelt sich zum „Rückhalt" der gesamten rechtsextremen Szene. In der Aachener Region stellt Heiler nicht nur eine zunehmende Agitation der Partei fest, sondern auch ernste Drohungen gegen kritische Journalisten und physische Angriffe auf Nazi-Gegner. Zudem dulden „Staat und Justiz (...) Neonazi-Aktivitäten regelmäßig" [5] – etwa die Aufmärsche und Kundgebungen am heutigen Nationalfeiertag.

Plakataktion gegen Naziaufmarsch in Gräfenberg im Frühjahr 2007

Antisemitische Sprechchöre

Ähnliche Tendenzen stellen Beobachter in anderen westdeutschen Bundesländern fest. So hat sich inzwischen auch „in Hessen eine facettenreiche, militante Neonaziszene entwickelt und gut eingerichtet", heißt es in einer Fachpublikation. Bemühungen, „Jugendliche zu erreichen, zu indoktrinieren und Schritt für Schritt in das Netzwerk der Aktivitäten einzubinden", führen dort ebenfalls zu ersten Erfolgen.[6] Auch in Hessen genießen Neonazis besonderen staatlichen Schutz. So setzte die Polizei am 7. Juli in Frankfurt am Main „mit über 5.000 Beamten den Aufmarsch von 600 Neonazis durch, obgleich gravierende Auflagenverstöße und offensichtliche Straftaten

begangen wurden, etwa zur Schau gestellte nationalsozialistische Symbole oder offen antisemitische Sprechchöre“. Ziviler Widerstand gegen den rechtsextremen Vormarsch kann auch in Hessen „auf kommunale Rückendeckung (...) kaum hoffen“: „Vielerorts wird antifaschistischer Widerstand von Polizei und Bürgermeistern unter massiven Druck gesetzt, da man Aktionen und Veröffentlichungen fürchtet, die das Image der eigenen Kommune schädigen könnten“.[7]

Eine Gasse gebahnt

Aufbauend auf der erstarkenden neonazistischen Basis entwickelt die NPD ihre Auslands-Aktivitäten fort. So fand am 8. September in Jena (Bundesland Thüringen) das dritte „Fest der Völker“ statt, ein Musikfestival, zu dem sich rund 1.500 Neonazis aus ganz Europa eingefunden hatten. Die Veranstaltung diente vor allem dazu, den inneren Zusammenhalt der „Europäischen Nationalen Front“ („European National Front“) zu stärken, einer europaweiten Organisation, mit deren Aufbau die NPD vor drei Jahren begonnen hat und die in Zukunft bei Europawahlen antreten soll (german-foreign-policy.com berichtete [8]). „Ermöglicht wurde das Nazifest von der Polizei“, heißt es in einem Bericht: „Denn seit den Vormittagsstunden hatten mehrere Tausend Nazigegner systematisch alle möglichen Zufahrtswege zum Veranstaltungsplatz blockiert. Mit Pfefferspray und Schlagstockeinsatz wurde den anreisenden Neonazis und dem für das Fest notwendigen Stromgenerator eine Gasse durch die BlockiererInnen gebahnt.“[9]

www.german-foreign-policy.com ■

Bitte lesen Sie auch unser Interview mit Kurt Heiler.

[1] „TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT - für Freiheit und Selbstbestimmung!“; www.npd-fuerth.de

[2] „Ein neues Sebnitz“; Junge Freiheit 31.08.2007. S. auch Menschenjäger und Kommunal verankert

[3] Holger Apfel schreibt Dr. Manmohan Singh. Stadt Mügeln hat keinen Grund, sich zu entschuldigen; Pressemitteilung der NPD-Landtagsfraktion 02.10.2007

[4] Mecklenburg-Vorpommern: Wer wählte was und warum?; www.tagesschau.de/inland/meldung96792.html

[5] s. dazu Alltagsgewalt

[6], [7] Michael Weiss: Kein Problem?; Der Rechte Rand Nr. 108, September/Oktober 2007

[8] s. dazu Faschistische Internationale, 8. Mai: „Morgen ein Sieg“ und Menschenjäger

[9] Max Bauer: „Europa wächst zusammen“. Das „Fest der Völker“ in Jena, ein jährliches Treffen europäischer Neonazis; Der Rechte Rand Nr. 108, September/Oktober 2007

URL: http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57025

NPD Hessen will gegen Moscheebau demonstrieren

HESSEN. Die NPD Hessen hat für den 20. Oktober in Hausen eine Demonstration angekündigt. Dazu heißt es in einer Stellungnahme des DGB Rhein-Main Vorsitzenden Harald Fiedler: „Der mit nur 1,4 Prozent der Wählerstimmen ins Frankfurter Stadtparlament gewählte NPD-Abgeordnete Krebs betreibt mit dem Aufruf zu dieser rassistischen Demonstration eine Spaltung der Stadtgesellschaft. In dem Flugblatt unter der Adresse des Frankfurter Römer, Bethmannstraße 3, betreibt diese Ein-Mann-Partei einen Angriff auf unser Grundgesetz, das ausdrücklich die Religionsfreiheit garantiert. ... Moscheen, also Gotteshäuser, als Brückenköpfe des Islamismus zu bezeichnen, oder die damit verbundene Forderung – Islamisten raus aus Frankfurt – stehen in der Tradition der Demagogie und Volksverhetzung eines Nazi-Deutschlands, nur unter dem Vorzeichen anderer Feindbilder. Der NPD-Abgeordnete Krebs gehört umgehend aus dem Frankfurter Stadtparlament ausgeschlossen. Wir erwarten, dass die angekündigte Demonstrationsverbotsprüfung von der Stadt zu einem tatsächlichen Verbot führt und die Gerichte endlich auch den Artikel 139 GG mit berücksichtigen.“ (aus PM DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, 25.9.07) Sowohl die Gewerkschaften als auch die Anti-Nazi-Koordination planen Gegenaktionen. Infos unter: http://antinazi.wordpress.com

Aus dem Aufruf zur Demonstration:

Am 7. Juli zogen unter riesigem Polizeischutz 600 antisemitische, rassistische und zur Gewalt aufrufende Nazis durch Hausen und den Industriehof.Am 20. Oktober wollen dieselben Nazis unter Führung des hessischen Nazi-Chefs Wöll auf derselben Strecke in Hausen auftreten und gegen den Bau einer Moschee der islamischen Hazrat-Fatima-Gemeinde demonstrieren. Die Stadtverwaltung hat angekündigt, diese Demonstration wegen Volksverhetzung verbieten zu wollen. Ob sie damit Erfolg hat, ist noch unbekannt. Wir rufen zur aktiven Verhinderung des Nazi-Demonstration auf.

Die Nazis der NPD stützen sich mit ihrem Aufruf „Gegen Islamismus in Deutschland – gegen Moscheebau in Frankfurt-Hausen“ auf eine unter nicht wenigen Menschen des Stadtteils verbreitete Angst vor dem Fremden, dem Anderen. Diese Angst macht sich inzwischen auch in lauten rassistischen Parolen und sogar militanten Gewaltaufrufen gegen Muslime Luft. Solche Stimmungen wollen nicht nur politische Organisationen von Nazis, Rassisten und Antisemiten im Vorfeld der Landtagswahl 2008 für sich nutzen.

Die „Republikaner“ fordern hessenweit in einer Vielzahl von Aktionen ein „Minarettverbot“. Die NPD will den Moscheebau in Hausen verhindern.

Andere um das „Bürgerbündnis für Frankfurt“ (BFF) mit Wolfgang Hübner an der Spitze wollen das Gleiche und begründen es mit vorgeschobenen „Argumenten“ z.B. der Verkehrsbelastung, reden aber ebenfalls ganz offen und rassistisch von „Überfremdung“ des Stadtteils, die im beantragten Moscheebau sichtbar werde. Die Mehrheit des Hausener Ortsbeirats von den „Republikanern“ bis hin zu den Grünen stellt sich dem nicht entgegen, sondern legitimiert durch ihr Auftreten die angebliche „Berechtigung“ des rassistischen Anliegens der Moscheebaugegner. Sie verdächtigen durch ihre „Anfragen“ die islamische Hazrat-Fatima-Gemeinde unter anderem, Agentin unbekannter, fremder, ausländischer Mächte und Geldgeber zu sein und in deren Interesse in Deutschland Macht und Einfluss gewinnen zu wollen. Solche Verschwörungstheorien haben hierzulande eine unheilvolle und mörderische Geschichte.

BFF, REPs, NPD und die Hausener Bürgerinitiative gegen den Moscheebau gehen nur einen Schritt weiter. Sie hetzen gegen den Bau eines Gotteshauses. Aber sie meinen nicht das Gebäude, sondern die Menschen. Sie wollen letztlich eine „deutsche“ Gesellschaft, in der alle „anderen“ weniger oder gar keine Rechte haben. Die hessischen Nazis wollen diese „Anderen“ sogar am liebsten irgendwie aus dem Land schaffen und nennen das schönfärberisch „Rückführung von Ausländern“.

Wir sprechen uns gegen jeden Rassismus aus. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen, unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion, Hautfarbe, Geschlecht und Alter unverlierbaren und selbstverständlichen Anspruch auf die gleichen demokratischen Rechte haben.

(...)

„Toleranz sollte nur eine vorübergehende Gesinnung sein: sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“
Johann Wolfgang Goethe, Maximen und Reflexionen

Bunte Vielfalt statt braune Einfalt! Demonstration für Gleichberechtigung, gegen Nazis und Rassisten, 20. Oktober 2007, 10 Uhr, Fischsteinkreisel, Frankfurt-Hausen

RLS -Workshop in Hamburg:

Die Neuformierung der politischen Rechten in Europa

Angesichts der vermehrten politischen Schnittmengen zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien lud die Rosa Luxemburg-Stiftung in Hamburg am 28. und 29. September zu einem Workshop zur aktuellen Entwicklung der europäischen Rechten ein.

Den Einleitungsbeitrag lieferte Tanja Binder vom Wissenschaftszentrum Berlin: „Rechtspopulismus – ein Dilemma für linke Parteien". Abends folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der Fall Frankreich – Rechtes Modell für Europa?". Bernhard Schmid, Autor des Buches „Das Frankreich der Reaktion – Neofaschismus und modernisierter Konservativismus", verwies dabei darauf, dass es Nicolas Sarkozy durch das Aufgreifen rechtsextremer Diskurse wie „nationale Identität" oder „Sicherheit" bereits im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2007 gelungen ist, mehr als ein Fünftel der Le Pen-Wähler von 2002 zu gewinnen. Im zweiten Wahlgang stimmten gar zwei Drittel der Le Pen - Wählerschaft des ersten Wahlgangs für den „ Post-Gaullisten".

Der zweite Tag war dreigegliedert: „Programmatische Veränderungen der Rechten in Europa"; „Nationale und transnationale Umgruppierungen der Rechten" und „Gegenstrategien und Projekte gegen Rechts". Nach Holger Pitt, Leiter des RLS- Büro in Warschau und Rene Karpantoschow aus Kopenhagen, die die polnische bzw. dänische Rechte beleuchteten, ging Hermann Dworczak aus Wien auf die „Neuformierung der europäischen parlamentarischen Rechten" ein. Er schilderte den Entwicklungsprozess der rechtsrechten Fraktion „Identität / Tradition / Souveränität", die aktuell über 23 Abgeordnete im Europaparlament verfügt und ein gemeinsames Agieren zu den Europa-Wahlen 2009 plant: „Ein einheitliches Auftreten der extremen Rechten von Frankreich bis Bulgarien, von Belgien bis Italien ist ein Horrorszenario, wo die Linke zu länderübergreifenden Gegenaktivitäten gefordert ist".

Paul Meszaros aus Bradford/Großbritannien berichtete vom „Gewerkschaftlichen Basiswiderstand in Nordengland", insbesondere gegen die British National Party (BNP) und Elisabeth Gauthier von Espace Marx / Paris von der schwierigen Situation der geschlagenen und gespaltenen französischen Linken, aus der Defensive herauszukommen und der Rechten Paroli zu bieten.

Die Materialien für den Workshop werden in Buchform herausgebracht.

Im Anschluss an den Workshop trafen sich die Mitglieder der „Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa", berieten die weitere Vorgehensweise und verabschiedeten die unten abgedruckte Erklärung. *Hermann Dworczak* ■

Erklärung von TeilnehmerInnen der Europäischen Initiative gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Vor dem Hintergrund der fortdauerenden Offensive des Neoliberalismus in Europa und zunehmender kapitalistischer Globalisierung erzielen konservative, rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien seit Jahren erhebliche Wahlerfolge, übernehmen Regierungsverantwortung, sind an Regierungen beteiligt bzw. üben Einfluss auf sie aus. Sie sind offensichtlich erfolgreich in der Lage, gesellschaftliche Problemlagen aufzugreifen und scheinbar zukunftsträchtige Lösungen anzubieten.

Zugleich vollziehen sich in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern Umgruppierungs- und Differenzierungsprozesse. Dabei kommt es, bei Fortbestehen grundsätzlicher Differenzen, zu einer Annäherung von Positionen zwischen rechtskonservativen und rechtspopulistischen sowie teilweise rechtsextremen Parteien. Es entstehen Formen praktischer Kooperation, so eine Unterstützung konservativer Regierungen „von außen" oder gemeinsame reaktionäre Kampagnen, z. B. in Spanien oder Ungarn.

Alarmierend ist die im Januar 2007 erfolgte Bildung einer rechtsextremen Fraktion im Europaparlament. Der Fraktion „Identität/Tradition/Souveränität" (ITS) gehören derzeit 23 Abgeordnete aus sieben Ländern an, darunter der französische Front National von Le Pen, der belgische Vlaams Belang, die österreichische FPÖ, die bulgarische Ataka und die Partei Großrumänien. Diese unheilige Allianz beabsichtigt, zu den Europa-Wahlen 2009 eine europaweite Offensive zur Verbreitung ihrer rechtsextremen Ideologie zu starten.

Die Mitglieder der „Europäischen Initiative gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus" unterstützen mit ihrer bildungspolitischen Arbeit die Bemühungen der InitiatorInnen der „Charta der Prinzipien für ein anderes Europa". Besonderes Anliegen ist uns dabei ein Europa, das mit gesamtgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung von MigrantInnen auftritt.

Zur Propagierung unserer kritischen Positionen sollen u. a. folgende Gelegenheiten genutzt werden:

- Auftritt auf einer Konferenz zu „Rechtsextremismus und soziale Frage" auf dem 2. Sozialforum in Deutschland vom 18. - 21. Oktober 2007 in Cottbus
- Mitwirkung am Internationalen Tag gegen Faschismus und Antisemitismus am 9. November 2007
- Mitgestaltung des 5. Europäischen Sozialforums im September 2008 in Malmö.

Um der zu befürchtenden Verbreitung rechtspopulistischen und rechtsextremen Gedankenguts im Zuge der europaweiten Kandidatur einer rechtsextremen Liste zu den Europawahlen 2009 entgegenzutreten, plant die „Europäische Initiative" für Herbst 2008 oder Anfang 2009 einen speziellen Workshop dazu, evtl. in Brüssel.

Hamburg, den 30. September 2007 (Verabschiedet im Anschluss an den Workshop der RLS „Die Neuformierung der politischen Rechten in Europa" am 28./29. September 2007 in Hamburg)

Zu erreichen ist die „Europäische Initiative gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus" auf der Homepage www.eiar.org oder über ihre Sekretärin Dagmar Rubisch, Tel. 0049 30 443 10 158, E-Mail: rubisch@rosalux.de

Wo die Solidarität unter den Menschen aufhört, fängt der Faschismus an

Die Neuformierung der politischen Rechten in Europa – Europäischer Workshop der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) am 28./20.09.07 in Hamburg

Die extreme Rechte und rechtskonservative Kräfte sind europaweit auf dem Vormarsch. Im europäischen Parlament haben sich die europäischen Rechtsnationalisten (Fraktion Identität, Tradition, Souveränität) zu einer technischen Fraktion zusammengeschlossen. Es ist davon auszugehen, dass sie bei der Europawahl 2009 als einheitliche Liste antreten und im Wahlkampf rechtskonservatives, rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut verbreiten können. In Frankreich wurde Sarkozy mit Parolen wie „alle Macht den Märkten" und „Führe dich selbst" Wahlsieger und konnte sowohl ehemalige linke als auch Le Pen-Wähler für sich gewinnen, in Polen siegte 2005 die national-konservative PiS (Recht und Gerechtigkeit), in Dänemark errang die nationale Dansk Folkeparti 2005 mit Forderungen nach „umfassenden Maßnahmen zur Stärkung des Dänentums" und einem antiislamischen Wahlkampf 13,2 %, in Großbritannien erzielte die British National Party mit ihrer Kampagne „rights for whites" große Erfolge, in Italien ist mittlerweile ein qualitativer Sprung in das Lager der extremen Rechten von statten gegangen. 2002 hat die Lega Nord offen die Ablehnung gegenüber der multiethnischen Gesellschaft erklärt und die „Invasion der Fremden" als Ursache alles Bösen ausgemacht. Es findet mittlerweile eine Delegitimierung der Resistenza statt, Faschisten werden auf die gleiche Ebene wie Partisanen gestellt und aktuelle neofaschistische Anschläge werden verharmlost.

Vor diesem Hintergrund organisierte die RLS am 28./29.09.07 einen Workshop, der vor allem der Frage nachging, worin die Erfolge der Extremen Rechten und rechtskonservativen Kräfte in Europa zu finden sind, was ihre Programmatik und Strategie ist, worin ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen und vor allem, wie einem rechten Vormarsch und eine Rückdrängung aus antifaschistischer Sicht begegnet werden kann und muss. Eingeladen wurden Sozialwissenschaftler und Historikerinnen aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und Polen. Dieser Beitrag ist meine persönliche Quintessenz aus diesem Wochenende:

Auf europäischer Ebene, zeitlich unterschiedlich, ist es in den letzten 15 Jahren zu folgenden Veränderungen gekommen: Immer mehr Menschen sind aus dem kapitalistischen Arbeitsprozess heraus gefallen und von Arbeitslosigkeit bedroht, dabei sind die Reallöhne drastisch gesunken. Gleichzeitig hat sich die Sozialdemokratie von traditionellen Werten verabschiedet und neoliberale Wirtschaftspositionen angenommen und umgesetzt. Die Bindungskraft von Parteien hat abgenommen und etablierte Parteien bieten keine Lösungsangebote mehr an. Vor allem aber, und das wurde von den Referenten und Referentinnen immer wieder betont, ist die Linke geschwächt und wo vorhanden, bietet sie keine Alternativvorschläge und –lösungen.

Im Wahlverhalten zeigte sich, dass Menschen aus dem traditionellen Arbeitermilieu nicht automatisch links wählen. Es gibt eine große Enttäuschung in der arbeitenden Bevölkerung, die zu Wahlenthaltung und/oder Protestwahlverhalten führte. Vor allem wählen noch die, die Angst haben, etwas zu verlieren.

Die linken Parteien haben den Rechten ihre Themenfelder überlassen. Zum Teil hat die Linke bestimmte Positionen aufgegeben aus der Furcht, sich damit nicht mehr profilieren zu können (z.B. Migrationspolitik). Die Rechten setzen hier an. In ihrer Analyse ist ihr Platz da, wo die Linke nicht mehr ist (Die Kommunisten sind weg vom Fenster). Die Rechten begreifen sich als soziale Bewegung der Zukunft. Die ökonomischen Probleme wollen sie mit Ungleichheit lösen. Dabei ist ihre zentrale Ideologie die nationale Frage. Sie greifen die Ängste der Menschen auf, kanalisieren Politik- und Parteiverdrossenheit und münzen diese um. Sie arbeiten mit einfachen Schuldzuweisen (z.B. unsicherer Wohlfahrtsstaat, Terrorismus, Einwanderer und nationale „Verräter" haben Probleme hervorgebracht) und ihre Lösungsangebote werden ebenfalls radikal vereinfacht („Ausländer raus").

Die Rechten üben starke Kritik an den herrschenden Parteien, und behaupten, dass diese nicht mehr „nach dem Willen des Volkes" entscheiden würden, sondern nur noch eigene Interessen verfolgen.

Sie behaupten weiter von sich, die wahre Vertretung des Volkes zu sein, die weiß, was das Volk will (Appell an das Volk als ethnische und politische Gemeinschaft). Dementsprechend setzen sie sich stark für direktdemokratische Elemente ein, um Anhänger darüber zu mobilisieren (z.B. Volksentscheid) und reden von Gerechtigkeit und Fairness. Auch inszenieren sie sich oft als Opfer etablierter Politik.

Die Struktur der Rechten ist äußerst flexibel, da sie autoritär aufgebaut ist und keine innerparteiliche Demokratie hat, aber auch, weil sie inhaltlich verschiedene Positionen vertritt und daher verschiedene Standbeine hat, mit denen sie wirken kann.

Trotz aller Unterschiede der extremen Rechten, rechtspopulistischen und rechtskonservativen Kräfte in den einzelnen europäischen Ländern, wiesen die Referenten jedoch auf folgende Gemeinsamkeiten rechter Propaganda hin:

- Wir sind mehr Wert als andere.
- Das Eigene ist in der Substanz bedroht durch das Fremde.

Dabei erfolgt die Ab- und Ausgrenzung über die Erhöhung des Selbstwerts und die Bedrohung durch das Fremde sowohl nach außen (Definition über Nation) als auch nach innen (wer gehört zur Nation). Die zentrale Ideologie der Rechten ist es, die eigene Nationalität zu wahren. Sie unterscheiden zwischen national und nicht national und erhöhen ihre eigene Nationalität (z.B. dänische Nationalpartei: die dänische Tradition ist besser als die Tradition der Fremden. Die dänische Tradition muss daher bewahrt und gesichert werden). Dabei tritt das „Fremde" als Fremdkörper in die Gesellschaft ein und wird als Feind betrachtet. Eine Integration ist ausgeschlossen (z.B. dänische Nationalpartei: „Moslems kommen, um Dänemark zu besiegen"). Feinde sind daher nicht nur die „Fremden" sondern auch alle, die sich mit ihnen solidarisieren (also Menschen mit internationalem Denken, Freigeister und Menschen, die glauben, dass verschiedene Kulturen zusammenleben können). Diese gelten als Verräter.

Ähnliche Ausgrenzungsmuster sind auch beim Antisemitismus festzustellen. Ein Referent ging auf die Gemeinsamkeiten der extremen Rechen und des islamischen Fundamentalismus ein. Der islamische Fundamentalismus führt ebenso wie die extreme Rechte einen Kampf gegen die Auflösung der bestehenden Werte (Eigentum, Familie, Sexualität). Wenn Dekadenz, Frauenrechte, Homosexualität auch als das Fremde gesehen wird, quasi als „programmierte Invasion", um die Gesellschaft aus den Angeln zu heben, muss diese aus rechter Sicht bekämpft und ausgegrenzt werden. Rechtsextreme und islamische Fundamentalisten begreifen sich dabei als

Bündnispartner gegen den verhassten westlichen Gegner, der diese Werte lebt. In dieser Konstellation stehen Juden außen vor, da sie mit westlichen Werten identifiziert werden. In dieser Denkweise gibt es keinen Ort für Juden. Wird dieses Argumentationsmuster weitergedacht, muss es als Vernichtungsprogramm begriffen werden.

Gleichzeitig hat die Rechte es verstanden, den Verteilungskampf innerhalb der Nation nach unten zu verlagern. Die Ausgrenzungslogik wurde im französischen Wahlkampf angewendet und machte Sarkozy zum Sieger. Mit Parolen wie „Ich bin an der Seite der Franzosen, die früh aufstehen" oder „Wenn Du mehr arbeitest, wirst Du mehr verdienen" oder „Ich habe gearbeitet, ich hab es verdient" oder „Wer arbeitet, hat es verdient, in den Urlaub zu fahren" wendete sich Sarkozy nur an die Menschen, die sich zum einen als Franzosen fühlen (nationale Identität) und vor allem an die, die noch Arbeit haben. Die Arbeitslosen sind ihm egal, sie werden zu „Fremden" in der französischen Gesellschaft erklärt. Sarkozy erreichte dadurch Glaubwürdigkeit und konnte Stimmen auch von Le Pen gewinnen. Die Mindestlohndebatte der Linken in Frankreich für einen Mindestlohn von EUR 1.500,- hat gezeigt, dass sich Arbeiter, die EUR 1.400,- verdienen, gegen den Mindestlohn aussprachen, weil sie sich dann nicht mehr „besser fühlen" können. „Der, der EUR 1.200,- verdient, soll nicht das gleiche verdienen, wie ich".

In Frankreich setzten nicht die Menschen auf die rassistische Karte, die mit Einwanderern zusammenleben (z.B. in den gettoisierten Trabantenstädten / Banlieues), sondern die, die in der Nähe der Banlieues wohnen. Diese wehren sich sozusagen gegen die „Fremden", die „Ausländer".

Auch wenn die extreme Rechte an Stimmen nicht so stark ist, hat sie großen Einfluss auf die Gesellschaft. Konservative Parteien übernehmen europaweit deren Themen und Positionen. Dabei hat die extreme Rechte zwei Gesichter. Die einen begreifen sich selber als Ergänzung zur konservativ und neoliberalen Politik. Um ihre Basis zu mobilisieren und Wählerstimmen rechts von sich zu gewinnen, benutzen konservative Parteien rechtsextreme Themen und Positionen. Die rechte Kritik fungiert so als Korrektiv der etablierten Parteien (z.B. Asylkompromiss). Der andere Teil begreift sich als Bewegung außerhalb des Etablishments und wendet sich auch gegen die bürgerliche Elite. Er stellt sich als sozialer Rebell dar und zieht einen klaren Trennungsstrich zu konservativen Kräften.

In der Analyse der Referenten wird die Gefahr mehr bei der Neuen Rechten als bei den Stiefelfaschisten gesehen. Neue Rechte haben sich mittlerweile im rechtsbürgerlichen Lager eingenistet, sie vertreten die nationale Leitkultur und einen patriotischen Antiimperialismus. Sie fungieren als Scharnier zwischen rechtsextremen Positionen und traditionellem Konservatismus. Sie propagieren die Gefahr von außen, von der sich abgegrenzt werden muss und stellen jegliches fortschrittliche Bewusstsein unter Generalverdacht. Sie stellen sich als demokratisch dar, in dem sie z.B. ausländerfeindliche Demonstrationen ablehnen, gleichzeitig aber fordern oder verabschieden sie Gesetze gegen Einwanderung.

Wo die Rechte stark ist, ist die Linke schwach. Das ist das eigentliche Resümee aus dem Workshop. Alle Referentinnen und Referenten stellten die Schwäche der linken Bewegung in ihren Ländern fest und betonten, dass es neuer Ideen und neuer Analysen bedarf. Der Blick auf antifaschistische Gegenstrategien kam leider zu kurz. Einig war man sich, dass der gemeinschaftliche Kampf um Toleranz, Integration, Solidarität in den Vordergrund gestellt werden muss und dass es darum geht, die Grundsätze von Gleichheit und Freiheit zu betonen. Es wurde die Bildung breiter Koalitionen begrüßt, um der Bedrohung vom Faschismus zu begegnen. Für die Europawahl 2009 wurde gefordert, sich argumentativ für ein alternatives, fortschrittliches Europa einzusetzen. Es wurde sich gefragt, ob die Linke imstande ist, an einer neuen Hegemonie zu arbeiten und wie eine linke Strategie aussehen kann, die eine Dynamik in Gang setzt und über eine kleine Protestszene hinausgeht.

Im deutschen Bundestag wird Rechtsextremismus als Störfall oder Rand-, Jugend- oder Ostproblem behandelt. Es gibt weder eine Kontinuität noch eine Strategie, es wird mit Schuldzuweisungen gearbeitet und mit Gelöbnis, wenn es mal wieder zu einer Hetzjagd gegen Einwanderer gekommen ist. Nach kurzer Zeit ist alles vergessen. Dabei wird mehr auf Repression, als auf Prävention gesetzt.

Da alle Themenfelder einen Beitrag gegen rechte Positionen leisten müssen, schlug Petra Pau in ihrem Referat eine Querschnittsarbeitsgruppe der Linken vor. Außerdem sollte es auf parlamentarischer Ebene eine/n Beauftragte/n für Demokratie und Toleranz geben. Auf die Frage eines Gastes, wie die Linke denn mit nationalen Positionen in den eigenen Reihen umzugehen gedenke (Lafontaine „Fremdarbeiterthese", PDS-Bürgermeister, der in seinem Dorf die öffentliche Verbrennung des Anne Frank Buches tolerierte), hat Petra Pau geschwiegen.

Solange die Linke keine Antworten auf den kapitalistischen Globalangriff hat, so meine ich, wird sie hinter der Rechten hinterherlaufen, um Schlimmeres zu verhindern. Wir müssen die Mehrheit der Menschen überzeugen, dass ein sozialistisches Modell auch ihnen Verbesserungen bringt, dass Werte wie Gleichheit und Freiheit auch ihnen nützt. Den Anspruch vor sich her zu tragen, reicht nicht aus. Es nützt nichts, Faschisten nur als Faschisten zu bezeichnen. Keiner ist zu blöde, um zu wissen, was das Beste für ihn und für sie ist. Wir müssen auf die Straße gehen, an den Haustüren klingeln und Menschen von unseren Ideen einer sozialistischen Produktionsweise und gleichberechtigten Verteilung der produzierten Güter zu überzeugen. Und das ist letztlich keine neue Idee.

B. ■

PS: Voraussichtlich im März 2008 erscheint im Dietz-Verlag Berlin eine Publikation, in der auch die Vorträge dieses Workshops aufgenommen sind.

Bei der Einweihung des Deserteursdenkmal am 30. August in Stuttgart hielt Chris Capps, Irak-Veteran der USA-Armee, diese Rede:

„Ich ehre und achte den Entschluss dieser Männer, sich zu weigern“

Hallo, ich heiße Chris Capps. Ich bin Irak-Veteran der US-Armee. Ich bin heute hier, um mit Ihnen über die Frage der Fahnenflucht zu sprechen, und warum diese Frage heute immer noch relevant ist. Ende letzten Jahres kehrte ich aus dem Irak nach Darmstadt zurück. Ich erfuhr bald, dass ich zu einer Einheit in Mannheim versetzt werden sollte, die demnächst nach Afghanistan geschickt würde. Ich war nicht der Einzige aus der Darmstädter Einheit, der in eine andere Einheit kommen sollte, die bald in den Einsatz sollte, sondern das war bei den meisten der Fall, da diese Einheit aufgelöst werden sollte. Ich hatte Probleme mit der Ethik dessen, was ich im Irak gesehen hatte, mit der offensichtlichen Absurdität, der Korruption und der Kriegsgewinnlerei, deren Folgen ich täglich sehen konnte. Ich wusste auch von der Armut, dem Tod, der Hoffnungslosigkeit, der Gewalt und der Folter, von denen ich häufig hörte, die sich außerhalb der sicheren Mauern unseres Lagers Camp Victory abspielten.

Ich wusste, dass die Gründe, die man den US-Soldaten und der amerikanischen Öffentlichkeit als Rechtfertigung für die Invasion des Irak vorgegeben hatte, sich als unwahr herausgestellt hatten. Ich wusste, dass die angeblichen Gründe für das Fortsetzen der Besetzung des Irak unwahre Propaganda waren. Ich wusste, dass Menschen, die im Irak zufällig von den Straßen abgeholt wurden und in Gewahrsamseinrichtungen landeten, gefoltert wurden, um sie geistig zu brechen. Ich wusste von den Gesetzen in der Heimat, wonach die breite Masse der Bevölkerung ohne jeden Verdacht oder Vergehen ausspioniert werden kann. Ich wusste, dass die Verfassung, die ich als Soldat geschworen hatte zu verteidigen, von der US-Regierung täglich mit Füßen getreten wurde. Und ich wusste schließlich, dass diese gleiche Regierung mich als Kriegsteilnehmer in einem weiteren Land einsetzen wollte, gegen dessen Menschen ich nichts hatte, wobei ich zum Mittäter dieses Lügengebildes würde.

Ich wusste, dass ich nicht nach Afghanistan wollte. Ich hatte ein Gespräch mit einem Mann, der aus der Armee herausgekommen war, bevor er im Irak eingesetzt wurde. Er sagte mir, dass ich eine gute Chance hätte, aus der Armee heraus zu kommen, wenn ich mich nur lange genug von der Truppe entfernte und mich dann an einer von zwei bestimmten Kasernen in Amerika stellen würde. Hier unterscheidet sich meine Geschichte von denjenigen tapferen jungen Deutschen, die sich geweigert haben, am Zweiten Weltkrieg teilzunehmen. Als Soldat hatte auch ich immer das Gefühl, man muss entweder seine Pflicht tun oder man landet im Gefängnis, daher war das, was der Kamerad mir gesagt hatte, etwas völlig Neues. So habe ich weiter nachgeforscht und erfahren, dass das stimmte, was er mir gesagt hatte, es war wirklich möglich, aus der Armee herauszukommen, ohne nach Afghanistan zu gehen. Ich hatte Heimaturlaub und kehrte dann nicht in die Kaserne zurück. Zwei Monate später stellte ich mich dann in Fort Sill/Oklahoma und wurde nach drei Tagen aus der Armee entlassen.

Diese Leute, die im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht desertierten, hatten wahrscheinlich gehört, dass es so was wie KZs gab, sie fühlten sich wahrscheinlich auch wie Angreifer und Besatzer wegen ihrer Teilnahme am Krieg, sie waren wahrscheinlich auch nicht damit einverstanden, wie sich Deutschland mit der Machtergreifung durch die Nazis verwandelt hatte. In dieser Hinsicht fühle ich schon eine gewisse Ähnlichkeit mit diesen Männern. Andererseits: Als ich mich entschied, nicht mehr mitzumachen, musste ich keine Angst haben, im KZ zu landen, in einer Strafeinheit, einer sogenannten „Himmelfahrtskommandoeinheit“, zurück in den Krieg geschickt zu werden oder auch hingerichtet zu werden – das war das Schicksal tausender dieser jungen Männer. Ich wusste, was ich tat. Ich riskierte schlimmstenfalls einige Monate Knast und stattdessen entging ich 15 Monate Afghanistan, was schlimmer ist, als ein Paar Monate Knast.

Es ist für mich eine Ehre, heute bei der Einweihung dieses Denkmals sprechen zu dürfen. Ich ehre und achte den Entschluss dieser Männer, sich zu weigern, für eine Sache zu kämpfen, die sie als ungerecht empfanden, und ich weigere mich, die unmoralische Besetzung fremder Länder zu unterstützen und an ihnen teilzunehmen, Besetzungen, die der Welt und der Menschheit überhaupt keinen Vorteil bringen. ■

80 Jahre Arbeiterfotografie
80 Jahre Gegenwind
Kongress, Konzert, Fotoexkursionen (26. - 28.10.2007)
Ausstellungen (Oktober bis Dezember)
Erfurt
Stadtgarten, Landtag, Augustinerkloster, Stadtwerkeforum, Universität,...
arbeiterfotografie●**com**/80jahre

Die Arbeiterfotografie feiert Geburtstag

Es ist ein ganz besonderes Jubiläum, dass die Arbeiterfotografie nunmehr seit 80 Jahren existiert und aus der deutschen Medienwelt nicht mehr wegzudenken ist. Als Forum für Fotokunst, kritische Fotografie und Sozialfotografie, als Galerie und Fotoredaktion ist die Arbeiterfotografie seit ihrer Gründung 1927 in Erfurt den Grundsätzen ihres Schöpfers Willy Münzenberg treu geblieben, eine wirksame Gegenöffentlichkeit zur bürgerlichen Bild- und Pressewelt zu schaffen und damit vielen den Zugang zu einer anderen Gedanken- und Erfahrungswelt zu ermöglichen. Gerade heute, in einer Zeit der für die Demokratie ungesunden Medienkonzentration hat die Bedeutung der Arbeiterfotografie zugenommen. Dass viele den Entwicklungen einer von mächtiger Seite gesteuerten Meinungsbildung nicht mehr trauen, zeigt, dass im vergangenen Jahr die Menschen rund fünf Millionen mal den Weg zum Internetportal der Arbeiterfotografinnen und -fotografen gefunden haben, um sich zu informieren. Viele Zeitungen und Zeitschriften 1bedienen sich aus dem Angebot des Verbandes, weil – so sagen viele – die Arbeiterfotografie „ehrliche“ Fotodokumente bereit stellt.

Vom 26.10. bis zum 28.10.2007 wird dieser Entwicklung durch öffentliche Veranstaltungen im Stadtgarten Erfurt Rechnung getragen. Die Arbeiterfotografie möchte mit einem Festakt all den Freundinnen und Freunden, ihren Mitgliedern und Förderern für ihr großes Engagement danken und lädt deshalb die interessierte Öffentlichkeit ein, an den Ausstellungen, Vorträgen und Diskussionen um einen längst überfälligen medienkritischen Diskurs teilzunehmen.

Asyl in Deutschland: Mehrsprachiger Leitfaden im Internet

BERLIN. Innerhalb eines Projektseminars zum Thema „Soziale Arbeit und Menschenrechte“ haben Studenten und Studentinnen an der Alice Salomon Fachhochschule in Berlin einen Leitfaden erstellt, der Flüchtlinge bereits in ihrem Herkunftsland über das Asylverfahren in Deutschland informieren soll.

Es wird ein Einblick in das Asylrecht, die Einreisemöglichkeiten und den Asylablauf gegeben, ergänzt durch einige wichtige Adressen. Der Leitfaden wurde in acht Sprachen übersetzt, darunter arabisch, russisch und persisch und wird im Internet zugänglich gemacht unter: www.infoasyl.de.vu

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt September 2007“ ■

Europäisierung der Abschiebung wird ausgebaut

NRW. Die Abschiebungspraxis in Nordrhein-Westfalen gibt weiterhin Anlass, genauer hinzusehen. Das stellt das „Forum Flughäfen in Nordrhein-Westfalen (FFiNW)“ in seiner aktuellen Bilanz fest - ein Trend, den das Forum bereits vor zwei Jahren kritisiert hat. Heute wird zunehmend schneller und häufiger abgeschoben, auch in Härtefällen wie z.B. bei bestehenden Krankheitsbildern. Erforderlich ist lediglich eine bescheinigte Reisefähigkeit. Eine seit langem vorhandene „Checkliste“, die humanitäre Standards festlegt, wird in den Ausländerbehörden oft nicht umgesetzt. Ebenso fehlt das „Monitoring“, d.h. die Begleitung der abgeschobenen Menschen in ihren Heimatländern. Wenn Ausländer, Flüchtlinge oder Asylsuchende nicht länger bleiben dürfen, heißt die letzte Station „Abschiebung“. Die „zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht“ erfolgt, wenn die Betreffenden ihrer Pflicht zur Ausreise nicht freiwillig nachkommen – keine leichte Situation.

Das „Forum Flughäfen in Nordrhein-Westfalen (FFiNW)“ gibt es auf Betreiben der Evangelischen Kirche im Rheinland, ihrer Diakonie und verschiedener NGO’s seit sieben Jahren. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Abschiebungspraxis in NRW zu beobachten und für mehr Transparenz und Sachverhaltsaufklärung zu sorgen. Das Gremium ist besetzt mit Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, von amnesty international, des Arbeitskreises Asyl NRW e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW, PRO ASYL, dem UNHCR, der Bundespolizei, des NRW-Innenministeriums, der Bezirksregierung und der Zentralen Ausländerbehörde Düsseldorf.

Auf Initiative des Forums wurde die aus Landesmitteln finanzierte Stelle eines unabhängigen Beobachters eingerichtet, der ungehinderten Zugang zum gesamten Bereich der Abschiebungen in NRW hat, insbesondere auf dem Düsseldorfer Flughafen. Hier werden die meisten Sammelabschiebungen und Einzelabschiebungen durchgeführt. Der Abschiebungsbeobachter Joachim Vorneweg ist der bisher erste in Deutschland und in Europa. Er ist bei Abschiebungen dabei und meldet dem FFiNW zurück, wenn aus seiner Sicht Standards verletzt werden. Eine zweite Stelle für Abschiebungsbeobachtung wurde im Mai letzten Jahres auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt eingerichtet.

Eine besondere Problematik in der Abschiebungspraxis entwickelt sich zurzeit in Verantwortung der EU-Grenzagentur FRONTEK durch so genannte „Euro-Charter“. Der erste dieser auf europäischer Ebene organisierten Flüge fand ab Hamburg statt und wurde heftig kritisiert. Auch vom Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf starten „Euro-Charter“, bisher waren es zwei.

Quelle: Pressemitteilung Nr. 136 / 2007 der Ev. KircheRheinland ■

Kampagne zum kommunalen Wahlrecht gestartet

DÜSSELDORF/NRW. CDU/CSU und SPD haben in ihren Koalitionsvertrag die Prüfung einer Grundgesetzänderung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche aufgenommen. Doch der Ankündigung ist bisher leider keine Tat gefolgt. Mit einer am 18. September 2007 gestarteten gemeinsamen Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für legal in Deutschland lebende Nicht-Deutsche wollen die LAGA NRW und weitere Initiatoren nun die Bundesregierung in ihrem Vorhaben bestärken.

Schon jetzt hat die Kampagne erste Wirkungen erzielt: Noch am gleichen Tag hat der Kölner Stadtrat mit einem Beschluss die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Nicht-Deutsche bekräftigt. SPD, Grüne, FDP, Linke und der Vertreter des Kölner Bürgerbündnisses stimmten für eine entsprechende Resolution an Land und Bund. Obwohl die CDU-Fraktion gegen den Antrag des Kölner Integrationsrates stimmte, sprach sich Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) jedoch dafür aus. In zahlreichen weiteren Städten des Landes hat es Be-

HIER
wo ich lebe,
will ich wählen!
Wir fordern das
KOMMUNALE WAHLRECHT
für alle Migrantinnen und
Migranten, die lange in
Deutschland leben.

schlüsse der Integrationsräte und Räte gegeben.

Schon wenige Tage nach dem Start der Kampagne gab es zeitgleich in zahlreichen Städten NRWs Pressekonferenzen der Migrantenvertretungen zu dem Thema. Vor Ort wurden die wichtigsten Argumente für eine Änderung des Grundgesetzes vorgestellt. Nach Auffassung der Integrations- und Ausländerbeiräte in NRW ist dies notwendig, weil

- die meisten Migrantinnen und Migranten schon seit vielen Jahren in den Städten unseres Landes leben. Viele sind hier geboren. Sie identifizieren sich mit „ihrer“ Stadt und engagieren sich gesellschaftlich vor Ort.
- Integration nur über politische Beteiligung gelingt! Als Subjekte der Politik können und wollen Migrantinnen und Migranten über die Zukunft der Städte und Gemeinden mitbestimmen.
- Migrantinnen und Migranten im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes sich schon längst in den Mitbestimmungsgremien der Unternehmen beteiligen und sich dort genau so engagieren wie ihre deutschen Kollegen.
- viele Länder in Europa mit dem kommunalen Wahlrecht für Migranten gute Erfahrungen gemacht haben. Wie selbstverständlich können deutsche Staatsbürger in den Städten und Gemeinden des europäischen Auslands mitbestimmen – auch außerhalb der EU!

Zur Kampagne gehört eine Informationsoffensive wie auch eine breite Unterschriftensammlung. Materialien und Unterschriftenlisten können über die LAGA NRW bestellt werden oder einfach von der eigens geschalteten Internetseite:

www.wahlrecht-fuer-migranten.de

herunter geladen werden. Auf dieser Seite können sich Unterstützer und Unterstützerinnen informieren und in die Listen eintragen. Denn jede Stimme zählt.

Wichtiger Baustein der Kampagne sind außerdem die inzwischen schon recht zahlreichen Beschlüsse, die kommunale Migrantenvertretungen in ganz Nordrhein-Westfalen zur Einführung des kommunalen Wahlrechts gefasst haben. In einigen Städten wurden diese durch Beschlüsse der Gemeinderäte bekräftigt.

Eine breite Diskussion in Gesellschaft und Politik soll und wird die Kampagne begleiten. „Sie ist dringend notwendig. Denn Integration wird ohne politische Rechte für alle Migrantinnen und Migranten nicht funktionieren können. Im Gegenteil: Politische Partizipation erleichtert die Integration in die Gesellschaft, weil sie die Identifikation mit den Institutionen und der politischen Ordnung unseres Landes befördert.“ bekräftigte Tayfun Keltek während der Pressekonferenz im Landtag.

aus „Migration“ Nr 27, LAGA NRW. ■

Ist Folterhaft kein Grund zum Eingreifen für deutscheBehörden?

Wie die New York Times (NYT) berichtete, ist der deutsche Staatsbürger Aleem Nasir zwei Monate lang in pakistanischer Haft gewesen, wo er gefoltert und von westlichen Geheimdiensten „befragt“ wurde. Auch deutsche Behörden wussten offenbar Bescheid, jedoch ohne dem 45-Jährigen zu helfen. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Die deutschen Behörden haben wieder einmal eng mit ausländischen Folterdiensten zusammengearbeitet. Im Namen des Antiterrorkampfes wurden dabei die Menschenrechte eines festgenommenen deutschen Staatsbürgers mit Füßen getreten.

Am 18. Juni wurde der 45jährige Edelsteinhändler, der aus Pakistan stammt, dort festgenommen. US-amerikanische oder britische Geheimdienste hätten ihn nach Verbindungen zu Al-Kaida befragt, schreibt die NYT. Zu keinem Zeitpunkt wurde Anklage erhoben. Vor zwei Monaten ordnete der Oberste Gerichtshof Pakistans die Freilassung Nasirs an.

Die erzwungene Abwesenheit Nasirs nutzten die deutschen Ermittlungsbehörden, um seine Wohnung zu durchsuchen. Bei seiner Rückkehr Ende August wurde ihm außerdem Blut abgenommen.

Ein solcher Verfolgungseifer fehlt den Ermittlungsbehörden und der Bundesregierung allerdings vollständig, wenn es darum geht, die Menschenrechte von Verdächtigen zu wahren. Nach el-Masri und Zammar ist Nasir – mindestens – der dritte deutsche Staatsbürger, der als „Terrorverdächtiger“ in ausländischen Folterknästen gehalten wurde, ohne dass erkennbar wird, dass die Bundesregierung irgendetwas für ihre Landsleute unternimmt. Dass nun die Bundesregierung sogar darauf verzichtet, die USA zu ersuchen, jene CIA-Agenten festzunehmen und auszuliefern, die el-Masri entführten, macht deutlich: Was die Bundesregierung unter „Antiterrorkampf“ versteht, ist mit den Werten des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren. DIE LINKE erwartet, dass die Umstände des Falls Nasir aufgedeckt und die Beteiligung deutscher Geheimdienste geklärt wird.

http://www.nytimes.com/2007/09/24/world/asia/24terror.html?hp
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE
Web : http://www.ulla-jelpke.de
http://www.linksfraktion.de/ ■

UNHCR kritisiert die Praxis deutscher Behörden

Das UNHCR hat die Praxis deutscher Behörden kritisiert, anerkannten Flüchtlingen und Personen, die subsidiär schutzberechtigt sind, also aus menschenrechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, keine freie Wohnsitzwahl zu ermöglichen, wenn sie öffentliche Leistungen beziehen. Die von den deutschen Behörden verhängten Wohnsitzauflagen seien mit dem Völker- und Europarecht nicht vereinbar. Sie verstießen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen EU-Recht. Die Argumentation, mit den Auflagen solle eine unkontrollierte Binnenwanderung von ausländischen Sozialhilfeempfängern verhindert werden und damit eine Kostenverschiebung zwischen Ländern und Gemeinden, greife nicht. Es sei zu berücksichtigen, dass die Beschränkung der Wohnsitzfreiheit ein schwerwiegender Eingriff sein.

Quelle: Newsletter Nr. 127 August 2007 – Pro Asyl ■

Kommunen bei Asylbewerberleistungen nicht bevormunden – Wertgutscheinpraxis abschaffen

Niedersachsen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben Anfang September einen Antrag im nds. Landtag zur Abschaffung der Wertgutscheine eingebracht. In der Entschließung heißt es: „Die Landesregierung wird aufgefordert, jegliche Vorgaben gegenüber den Kommunen, die darauf gerichtet sind, Wertgutscheine gegenüber Barauszahlungen und unbaren Abrechnungen bei der Leistungserbringung nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu bevorzugen, aufzuheben. Die Kommunen sollen, wenn es den Umständen nach erforderlich ist, keine Sachleistungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG zu erbringen, vollständig nach eigenem Ermessen über die Form der Leistungserbringung in bar, unbaren Abrechnungen oder Wertgutscheinen entscheiden.

Begründung

In den niedersächsischen Kommunen wächst der Widerstand gegen die gängige Praxis der Leistungserbringung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 AsylbLG. Die Räte der Landeshauptstadt Hannover, der Stadt Oldenburg und der Stadt und des Landkreises Göttingen haben sich gegen die Praxis, vorrangig Wertgutscheine statt Bargeld an die Asylbewerber auszugeben, ausgesprochen. Diesen Bestrebungen soll nun auch auf Landesebene entsprochen werden. Den Kommunen muss es überlassen bleiben, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob sie Bargeld auszahlen oder Chipkarten oder Wertgutscheine ausgeben.

Wenn die Landesregierung das Modellkommunengesetz ernst nimmt, muss sie auf diesbezügliche Vorgaben verzichten. Damit wird auch ein Beitrag zur Pflege der Vertrauenskultur zwischen Land und Kommunen geleistet. Wertgutscheine wirken diskriminierend, stigmatisierend und ausgrenzend. Wer damit bezahlt, fällt als Asylbewerber auf und ist als solcher abgestempelt. Zudem entstehen den Nutzern häufig – wie in Celle geschehen – Nachteile durch nicht ausgezahltes Wechselgeld oder ein eingeschränktes Warenangebot. Scheinargumente für die Wertgutscheine, wie die Verhinderung des Alkoholkonsums oder der erschwerten Erpressbarkeit durch Schleuser, wurden in den Bundesländern mit abweichender Leistungspraxis nicht bestätigt. Diese Bundesländer sind zahlreich. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bremen wurde von der Gutscheinpraxis Abstand genommen. Teilweise macht die Landesregierung den Kommunen in diesen Ländern gar keine Vorschriften in Form von Erlassen oder Empfehlungen.

Schon diese Tatsache verdeutlicht, dass § 3 AsylbLG die derzeitige niedersächsische Praxis nicht stützt. Es gibt also keinen Grund mehr, die unbestritten gegenüber der Bargeldauszahlung kostenintensiveren Wertgutscheine zu bevorzugen. Die für Bürokratieaufwand und Material der Gutscheine aufgewendeten Beträge können wesentlich sinnvoller für Integrationsmaßnahmen verwendet werden. Damit wird ein Signal der Ausgrenzung vermieden und ein Beitrag zur Wertschätzung der betroffenen Menschen erbracht – eine wichtige Maßnahme für die Außenwirkung unseres Landes.

Quelle: Pressemitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ■

Frankreich:

Die Immigration verfügt nun über ihre Museums- und Forschungsstätte

Einweihung vor dem Hintergrund heftiger Polemik um die neueste Verschärfung der Ausländergesetze

Die Einwanderer kamen überwiegend aus Dörfern und kleinen Städten ihres Herkunftslands, um in Paris die Straßen zu säubern und andere unbeliebte Arbeiten zu verrichten. Vor allem eine Ethnie war dafür bekannt, dass ihre Mitglieder gute Straßenkehrer abgaben. Auch nahm man ihre jungen Frauen gerne als Kindermädchen. An den Pariser Bahnhöfen warteten jedoch häufig Anwerber auf die vermeintlichen zukünftigen Ammen und Dienstmädchen, die ahnungslose Mädchen für die Prostitution rekrutierten. Um diesem Treiben ein Ende zu setzen, schickten wiederum religiöse Gemeinschaften aus dem Herkunftsland Kleriker und „Schwestern" nach Paris, die ihrerseits an den Bahnhöfen Wache schoben. Ferner sorgten letztere für die Seelsorge unter den Armen und Marginalisierten in ihrem Aufnahmeland, wo sie durchschnittlich drei bis zehn Jahre als Migranten schufteten. Religiöse Zirkel lieferten sich dabei mit Geheimbünden, die die Arbeiterbewegung in der Emigration formieren wollten, einen Konkurrenzkampf um die Herzen und Köpfe. Die Polizei im Aufnahmeland war sehr daran interessiert, subversiven Regungen in dieser Einwanderungsbevölkerung nachzuspüren.

Die Emigrationsbevölkerung, von der hier die Rede ist, stellte zeitweise bis zu zehn Prozent der damaligen Pariser Bevölkerung – ihre Zahl wird auf 60.000 bis 120.000 geschätzt, bei einer damaligen Gesamteinwohnerschaft der Stadt von einer Million Menschen – und war oft an ihrem unteren sozialen Rand angesiedelt. Es handelte sich allerdings nicht um Zuwanderer aus Mali oder Senegal, sondern um die Deutschsprachigen; einen deutschen Nationalstaat und damit eine Staatsangehörigkeit gab es zu jener Zeit nicht. In den Jahren 1830 bis 1850 kamen diese Rheinhessen, Bayern oder auch Deutschschweizer und Luxemburger als Arbeitssuchende bzw. kleine Handwerker nach Paris. Als Straßenfeger besonders begehrt waren übrigens die Leute aus Hessen. (1)

Es handelt sich hier nur um eines der zahllosen vergessenen oder verdrängten Kapitel der Einwanderungsgeschichte in Frankreich. Um die Zuwanderer endlich als vollwertigen Bestandteil der Sozialgeschichte des Landes der Öffentlichkeit zu präsentieren, statt die Geschichte der Migration als etwas schamhaft Verdrängtes zu behandeln – während die heutige Einwanderung als Quelle potenzieller Bedrohung dämonisiert wird –, regten französische Historiker schon seit 1990 an, eine eigene Forschungsstätte einzurichten. Zwölf Jahre später hat der damalige Präsident Jacques Chirac sich ihr Anliegen dann zu eigen gemacht. Der frühere liberal-konservative Justizminister Jacques Toubon wurde zum Vorsitzenden einer Kommission ernannt, die mit einem wissenschaftlichen Beirat an ihrer Seite die Pläne für eine solche Stätte der Forschung, Diskussion und Ausstellung ausarbeiten sollte. (2)

„Cité der Geschichte der Einwanderung"

Am vergangenen Mittwoch, den 10. Oktober war es nun so weit: Die ‚Cité nationale de l'histoire de l'immigration' eröffnete an der Porte Dorée, im Pariser Südosten, ihre Pforten. (3)

Sie befindet sich in einem Bauwerk, das eine prominente Geschichte hinter sich hat, an welcher sich ein gewisser Konzeptionswandel im Umgang Frankreichs mit seinen ehemaligen Kolonialuntertanen und heutigen Mitbürgern oder Einwanderern ablesen lässt. 1931 war das Palais an der Porte Dorée als Eingangshalle für die damalige Kolonialausstellung eröffnet worden. Damals wurde noch voller Stolz und Inbrunst der französische Kolonialismus vor einem Riesenpublikum – acht Millionen Eintritte binnen weniger Monate – zelebriert. Neben der Pflanzen- und Tierwelt der eroberten Territorien, und auf gleichem Niveau, konnte man auch Menschen von dort besichtigen. Einen lebenden „echten Kannibalen" inklusive, in dessen Rolle ein bemitleidenswerter Bewohner von Neukaledonien schlüpfen musste, der Wochen in einem Käfig zubrachte. Der Romancier und Krimischriftsteller Didier Daeninckx hat ihm vor wenigen Jahren mit seinem Buch ‚Le cannibale' ein würdiges Denkmal gesetzt.

In den siebziger Jahren, als der alte Glanz von den Fassaden des früheren Kolonialismus abzubröckeln begann, widmete man das bisherige Museum der Kolonien um. Es wurde zum „Museum für afrikanische und ozeanische Kunst". Die Fresken, die vom eroberischen Geist und der „zivilisatorischen Mission" der Kolonialisten zeugten, blieben freilich. Nachdem die dort ausgestellten Kulturgüter nun jüngst in das – von Chirac konzipierte – „Museum für urtümliche Kunst" am Quai Branly umgezogen sind, war das Bauwerk frei geworden für die Cité nationale de l'histoire de l'immigration. Ihr liegt nunmehr freilich ein völlig anderes Konzept zugrunde, das nicht mehr länger die Unterwerfung der einstigen Kolonialsubjekte als zivilisatorische Glanztat abfeiert. Die Wandbilder sind belassen worden, werden aber dem Publikum mit kritischen Anmerkungen und Zusatzinformationen präsentiert.

Ansonsten wird in zahlreichen Ausstellungsräumen, Videoinstallationen und Diskussionsforen dafür gesorgt, dass Einwanderung als seit Jahrhunderten präsente soziale Tatsache betrachtet wird. Die Urheber des Konzepts legten auch Wert darauf, Immigration in Frankreich nicht nur im Zusammenhang mit den früheren Kolonien, sondern vor einem noch breiteren Hintergrund zu betrachten.

Politische Instrumentalisierung wirft ihre Schatten auf die Bemühungen der Forschung

Die seit längerem angekündigte Einweihung wurde freilich durch die aktuelle politische Auseinandersetzung rund um den Umgang mit heutiger Einwanderung überschattet. Im Juni 2007 waren acht der wesentlichen Historiker, die im wissenschaftlichen Beirat der noch nicht eröffneten Cité saßen, zurückgetreten. Nicht aus Uneinigkeit über deren Konzeption, sondern aus Protest gegen die damals soeben erfolgte Einrichtung eines „Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität", das im Mai mit dem Sarkozy-Vertrauten Brice Hortefeux besetzt worden ist. Einer Regierung, die eine ominöse „nationale Identität" zum staatlich instrumentalisierten Politikbegriff erheben möchte, mochte man weder direkt noch indirekt dienen. An der Spitze der Protestierenden stand unter anderem der Historiker Gérard Noiriel, der Autor fundierter Bücher über Einwanderungspolitik, Ras-

sismus und Antisemitismus in Frankreich, der selbst 1990 die Idee zur Begründung der Cité de l'immigration angeregt hatte.

Die Cité de l'immigration wurde nun tatsächlich am Mittwoch eröffnet, aber führende Regierungspolitiker zeigten ihr zunächst die kalte Schulter. Entgegen sonstiger Gepflogenheiten bei größeren Einweihungsveranstaltung waren weder Präsident noch Premierminister vertreten, auch nicht durch ein Grußwort. Am späten Mittwoch Nachmittag ließ sich allerdings die Kulturministerin Christine Albanel doch noch blicken. Unterdessen hatte die Presse bereits darüber zu munkeln begonnen, die neue Forschungs- und Ausstellungsstätte stelle aus Sicht der aktuellen Regierung ein ungeliebtes Kind dar. Am folgenden Tag wurde dies jedoch dementiert, und die Nachrichtenagenturen vermeldeten, in naher Zukunft werde doch noch eine Einweihungsfeier mit offizieller Beteiligung der Regierung stattfinden.

Heftiger Streit um neue Ausländergesetze

Überschattet wurde die Einweihung des Museums ferner aber auch durch die Polemiken im Regierungslager über die seit dem 18. September in den beiden Kammern des französischen Parlaments debattierten Maßnahmen zur Verschärfung der Einwanderungspolitik.

(Vgl. ausführlich: http://www.trend.infopartisan.net/trd0907/t370907.html)

Besonders die geplanten DNA-Untersuchungen für Visumsbewerber, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Frankreich einreisen möchten, stoßen auch einen Teil der bürgerlichen Rechten ab. Dabei bündeln sich die Opposition christlich motivierter Politiker – wie des Versailler Abgeordneten Etienne Pinte -, vor dem Hintergrund der scharfen Ablehnung durch die christlichen Kirchen, sowie einiger Liberaler und die Widerstände von Politikern mit Migrationshintergrund.

Der Senat – das Oberhaus des französischen Parlaments – hat das geplante neue Einwanderungsgesetz bei der dortigen Lesung vom 2. bis 5. Oktober vorübergehend stark entschärft. Die umstrittenen Gentests etwa sollen nicht mehr sämtlichen Visumsbewerbern im Rahmen der Familienzusammenführung „angeboten" werden können, wie es bisher vorgesehen war. Vielmehr sollen sie nur auf richterliche Anordnung hin vorgenommen werden können. (siehe Kasten) Ob der Senat, der im französischen System vor allem einen Sitz für die ‚Elder statesmen' (in die Jahre gekommenen Staatsmänner) gegen Ende ihrer Karriere bietet, die geplanten Verschärfungen verhindern kann, ist allerdings fraglich. Denn ab dem 16. Oktober tritt nun ein Vermittlungsausschuss zwischen beiden Parlamentskammern zusammen. Und kommt es zu keiner Einigung, dann hat die Nationalversammlung das letzte Wort. Dort sitzen aber die Scharfmacher in geballter Konzentration.

Bemerkenswert ist dennoch, welch breite Front sich vorübergehend auch innerhalb der Rechten gegen die Vorlage zu den Einwanderungsgesetzen gebildet hat. Die beiden früheren Premierminister Dominique de Villepin und Jean-Pierre Raffarin, der ehemalige Innenminister Charles Pasqua (von 1986 bis 88 und zwischen 1993 und 95) und andere Figuren der Rechten schlossen sich dem Protest gegen die DNA-Tests an. In manchen Fällen, insbesondere dem des bislang eher als rechter Einpeitscher und Scharfmacher in Sachen Ausländergesetze bekannt gewordenen Pasqua, verwundert dies denn doch erheblich. Allerdings resultierte ihr Protest zum Teil auch aus eher durchsichtigen Motiven: Raffarin ist sauer, weil er die Senatspräsidentschaft nicht zugesprochen erhielt. De Villepin ist aufgrund einer früheren Geheimdienstintrige gegen seinen damaligen Ministerkollegen und Rivalen Nicolas Sarkozy – die so genannte „Clearstream-Affaire" von 2005 – nun intensiv ins Visier der Justiz gerückt. Vergangene Woche war er bereits zum dritten Mal zum Verhör vorgeladen (und der jetzige Präsident Sarkozy wird, via den ihm untergebene Regierungs- und Justizapparat, bestimmt nicht locker lassen!). Und Pasqua sieht derzeit neun seiner Berater wegen illegaler Rüstungsexporte in afrikanische Länder vor Gericht stehen.

Dennoch ist interessant, dass die Bruchlinie, entlang derer sie sich von ihren Rivalen innerhalb der Rechten – die Umgebung Sarkozys – abgrenzen möchten, im Augenblick entlang der Haltung zu den Maßnahmen gegen Einwanderer verläuft.

Zu den geplanten DNA-Untersuchungen

Und hier die jeweiligen Bedingungen, die bisher in den unterschiedlichen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens für die geplanten Gentests vorgeschlagen worden sind. Welche Variante sich letztlich durchsetzen wird, das wird sich ab dem 16. Oktober im parlamentarischen Vermittlungsausschuss zwischen Nationalversammlung und Senat entscheiden. Dasselbe gilt auch für sonstige Bestimmungen des neuen, verschärften Ausländergesetzes, das sich z.Zt. in der parlamentarischen Beratung befindet. (Ausführliches dazu in der nächsten Ausgabe)

1. Zusatzantrag des rechtsaußen stehenden UMP-Abgeordneten Thierry Mariani (der im Parlament den Wahlkreis im Département Vaucluse vertritt, auf dessen Territorium die langjährige FN-Hochburg Orange liegt), welcher am 12. September durch die Gesetzeskommission der Nationalversammlung mehrheitlich angenommen wurde:

- Die DNA-Untersuchung kann allen Antragstellern auf ein Visum im Rahmen der Familienzusammenführung „vorgeschlagen" werden. Sie sind nicht ausdrücklich dazu verpflichtet, an dem Test teilzunehmen, aber widrigenfalls dürften sie nur geringe Chancen auf die Erteilung eines Visums haben.
- Die Kosten für die Entnahme und Untersuchung der DNA-Probe (geschätzte 200 bis 600 Euro) hat ausdrücklich „der Antragsteller auf ein Visum" selbst zu tragen. Also die Ehefrau oder das minderjährige Kind eines „legal" in Frankreich lebenden Ausländers.

2. Die Fassung, die gemäß dem „Kompromissvorschlag" von Premierminister François Fillon anlässlich der ersten Lesung in der Nationalversammlung (18. bis 21. September) angenommen worden ist:

- Es wird nochmals ausdrücklich die „Freiwilligkeit" des Gentests betont.
- Die Kosten trägt der Visumsbewerber zunächst selbst. Aber „falls das Visum für die Einreise erteilt wird" (also wenn das Verwandtschaftsverhältnis durch den Gentest tatsächlich nachgewiesen wird UND falls die Person auch alle sonstigen Voraussetzungen für die Familienzusammenführung – deren Anzahl steigt und die durch den Gesetzentwurf strenger gefasst werden – erfüllen konnte), übernimmt der französische Staat dann nachträglich die Kosten.
- Die gesetzliche Bestimmung, die den Gentest erlaubt, wird „probeweise" bis zum Jahr 2010 eingeführt und danach einer Bilanz unterzogen.

3. Die Fassung des Senats, die in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober als neuerlicher Kompromiss angenommen wurde:

- Der Gentest ist für den/die Visumsbewerber/in kostenlos.
- Die dafür nötige gesetzliche Bestimmung wird „probeweise" für eine Dauer, die nun auf 18 Monate befristet worden ist, eingeführt.
- Die Entnahme und Untersuchung einer DNA-Probe erfordert eine richterliche Anordnung.
- Nur das tatsächliche Bestehen des (in Frage gestellten) biologischen Verwandtschaftsverhältnisses zur Mutter, nicht aber zum Vater darf getestet werden. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass durch die Vornahme von DNA-Proben der Existenz eventueller unehelicher bzw. außerhalb der Ehe „entstandener" Kinder nachgeforscht wird.

Für den Fall, dass die abgeschwächte Version des Senats sich durchsetzen sollte, dürfte das Verfahren mit den DNA-Untersuchungen in der Praxis kaum Anwendung finden oder allenfalls auf ein paar hundert Personen beschränkt bleiben. Das Symbol, nach dem der rechte Flügel des konservativen Regierungslagers strebte, würde freilich bestehen bleiben. Sofern das Verfassungsgericht seinerseits nicht die gesamte Bestimmung kassiert und das Projekt unmöglich macht.

bhs ■

Dies zeigt, dass tatsächlich auch Teile des bürgerlichen Lagers über Vorhaben wie die Gentests aufrichtig schockiert sind, und diese für tendenziell verfassungswidrig halten.

Infolge der Kompromissformulierung, die in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober vom Senat angenommen wurde, hat Ex-Innenminister Pasqua seine bisherigen Einwände gegen die Gentests nun vom Tisch genommen. (Möglicherweise hat Pasqua aber auch durch die Justiz oder die Regierung zwischenzeitlich bestimmte Garantien erhalten, nach denen er strebte...) Andere Politiker, zum Teil auch auf der bürgerlichen Rechten, habe die ihrigen bislang hingegen nicht zurückgezogen. Anlässlich einer Großveranstaltung im Pariser Konzertsaal ‚Le Zénith', die am vorigen Sonntag (14. Oktober) ab 18 Uhr stattfand und die sich gegen die geplanten Gentests für Einwanderer richtete, sollte auch der als liberal geltende UMP-Politiker Françoius Goulard sprechen. Goulard steht einerseits Expremierminister Dominique de Villepin nahe, was teilweise seine Opposition mit erklären dürfte, hat andererseits aber schon zu einem frühen Zeitpunkt klare Worte gegen die DNA-Untersuchungen gefunden („Nach gängiger französischer Auffassung beruht Familie auf sozialen und juristischen Beziehungen, nicht auf reiner Biologie").

Die Großveranstaltung vom ‚Le Zénith' (die am Sonntag nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der AN stattfand) war durch die sozialdemokratische Tageszeitung ‚Libération', durch die linksliberale Wochenzeitung ‚Charlie Hebdo' (die zum Teil ein Karikaturenblatt ist) sowie durch die sozialdemokratisch-staatstragende Antirassismusorganisation ‚SOS Racisme' organisiert worden. Radikalere kritische Kräfte fanden sich bestimmt auch im Publikum, prägten jedoch nicht den Aufruf und das – durch das offizielle Programm vorgegebene – Gesamtprofil der Veranstaltung, das eher durch Schicki-Micki-Repräsentanten wie den linksliberalen Fernsehphilosophen und Pseudointellektuellen Bernard-Henri Lévy dominiert wurde.

Dass bürgerliche Demokraten und Linksliberale sich auf diese Weise gegen die Gentests mobilisierten, war und ist zweifellos zu begrüßen, trotz des starken Stempels, den die Kulturschickeria ihrem Aufgebot aufdrückte. Problematisch war freilich aus Sicht von Kritikern, dass das „Gesamtpaket" der zunehmend verschärften Ausländergesetze dabei – über dem medienwirksamen Streit betreffend die Gentests – eher aus dem Blickwinkel zu geraten drohte. In der kommenden Ausgabe werden wir versuchen, dazu näher Bilanz zu ziehen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen

1 Vgl. dazu auch: Mareike König (Hg.): „Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert", München 2003.

22 ANMERKUNG: In jüngster Zeit fiel Toubon, der historisch aus dem neogaullistischen RPR (inzwischen Bestandteil der Regierungspartei UMP) kommt, übrigens in dieser Eigenschaft sogar durch ziemlich korrekte Äußerungen zur Bewertung der französischen Zuwanderungsgeschichte auf. Anlässlich eines Seminars zu diesem Thema, das am 20. September in La Défense bei Paris stattfand, wies Toubon auf dem Podium darauf hin, dass auch die erste heute bekannte Bevölkerungsgruppe in Frankreich – die Kelten – selbst Zuwanderer gewesen seien. In den letzten vorchristlichen Jahrhunderten nahmen die Kelten den Platz einer vormals ansässigen Urbevölkerung ein, deren Zusammensetzung bis heute den WissenschaftlerInnen noch völlig unbekannt ist. Insofern, so Jacques Toubon, könne niemand in Frankreich im historischen Rückblick behaupten, nicht aus Zuwanderung hervorgegangen zu sein. Ein wichtiger Beitrag zur Entmystifizierung eines Themas, das lange Jahre hindurch (u.a. unter dem politischen Druck des Front National in den 1980er und 90er Jahren) stark von Ängsten und Emotionen besetzt war...

3 ‚Cité' ist ein komplexer Begriff in der französischen Sprache, der eine Stätte oder ein Gemeinwesen bezeichnet, und in dem die Begriffe von Stadt, von Anwesenheitsrechts – droits de cité – sowie von Bürgerrechten oder ‚droits du citoyen' stecken.

Das Museum hat auch bereits eine Internetpräsentation: http://www.histoire-immigration.fr

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

10. IMI-Kongress

am 10./11. November 2007

Innen, außen, mittendrin: Die Transformation der Bundeswehr und Perspektiven des Widerstands

Ort: Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstraße 2 (Tübingen Zentrum, beim Lustnauer Tor), Großer Saal

Im Jahr 2002 hat sich die Informationsstelle Militarisierung das letzte Mal auf ihrem Kongress intensiv mit der Bundeswehr beschäftigt. Seit dem ist deren Transformation zur „Armee im Einsatz" in Windeseile vorangeschritten. Die Allgegenwart des deutschen Militärs möchten wir beim diesjährigen IMI-Kongress intensiv aufarbeiten. Die Präsenz deutscher Soldaten am Hindukusch, in Heiligendamm und den Arbeitsagenturen bringt jedoch auch neue Protestformen gegen den deutschen Militarismus in der Bevölkerung hervor. Auch diese sollen dargestellt und erörtert werden.

Vorveranstaltung:
Auch dieses Jahr gibt es am Freitagabend eine multimediale Vorveranstaltung mit der anschließenden Möglichkeit, sich bei Essen und Trinken schon einmal zu begrüßen und kennen zu lernen:
Freitag 9. November, 19-21 Uhr: Planet der Slums – Planet des Bürgerkriegs, Referent: Christoph Marischka. Ort: Tübingen, Schellingstraße 6.

Kongress-Programm:
Samstag 10. November:
Der neue deutsche Militarismus…
„Das Weißbuch und die Transformation der Bundeswehr" Tobias Pflüger. „Milliarden für den Krieg: Rüstung und Sicherheitsforschung" Martin Hantke und Claudia Haydt. „Vernetzte Sicherheit – Bundeswehr Innen, Außen und überall" Frank Brendle. „Deutschlands Kampf um die letzten Tropfen… Militärische Rohstoffsicherung" Jürgen Wagner.
Podium:
Mit der Bundeswehr um die ganze Welt: Hintergründe zu den aktuellen Kriegseinsätzen der deutschen Armee.

Sonntag 11. November:
… und seine Achillesfersen
„Jenseits von Recht und Moral: Die Einsätze des Kommando Spezialkräfte" Claudia Haydt.""Der Kampf gegen (deutsche) Militärstandorte" Hannelore Tölke. „Die Armen in den Krieg? Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr" Jonna Schürkes und Heiko Humburg.
Podium:
Antimilitarismus muss praktisch werden! Strategien gegen den neuen deutschen Militarismus.

Wer weitere Informationen zum Kongress haben möchte, kann sich gerne im IMI-Büro melden: 07071-49154

„Rechtsautonome" Verfassungsschützer?

Nation & Europa Oktober 2007

Wie schon so oft, verspricht das Oktoberheft von „Nation und Europa" auf dem Titelblatt wieder einmal einen Inhalt, der im Heft dann nur ganz am Rande Erwähnung findet: Während auf dem Umschlag die geschasste Fernsehmoderatorin Eva Herman sinnend ins Weite blickt und „Das neue Eva-Prinzip" mit „Entlassen, verleumdet, ausgegrenzt" definiert wird, äußert sich im Heftinneren lediglich N&E-Herausgeber *Harald Neubauer* zur NDR-Skandalnudel. Um überhaupt etwas zu Papier bringen zu können, bemüht er eine recht hübsche Analogie, die nur den einen Nachteil hat, kompletter Unsinn zu sein: „Als sie vom Baum der Erkenntnis aßen, wurden Adam und Eva aus dem Garten Eden vertrieben. So steht es in der biblischen Schöpfungsgeschichte. Und so ist es jetzt auch Eva Herman ergangen. Ein kleiner Biß in die verbotene Frucht, und schon fiel die Moderatorin aus dem TV-Paradies". Es steht allerdings zu befürchten, dass Frau Herman, anders als die erste Trägerin ihres Vornamens, auch in Zukunft nicht dazu verurteilt ist, im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot zu essen. Dazu ist die Welt nicht gerecht genug.

Allerdings ist Eva Herman wirklich nicht das Hauptproblem der Rechten. Die müssen sich stattdessen mit einer immer lauter werdenden Forderung (zuletzt sprach sich der ver.di-Gewerkschaftstag in Leipzig dafür aus), ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD in Gang zu bringen, auseinander setzen. *Michael Brückners* Behauptung „Weil man trotz aller geheimdienstlichen Manipulationen mit leeren Händen dasteht, wird es in Karlsruhe einstweilen wohl auch keinen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot geben" wird allein dadurch Lügen gestraft, dass sich der Autor auf sechs Seiten mit nichts anderem als den Versuchen der Geheimdienste, die braune Szene zu unterwandern und möglichen Strategien dagegen, beschäftigt. Die Debatte um ein NPD-Verbot stört die Versuche der Neo-Nazis, sich ein Mäntelchen bürgerlicher Reputierlichkeit umzuhängen, beträchtlich. Nicht minder scheint das pseudorevolutionäre Auftreten der „autonomen Nationalisten" bei dem Versuch, bürgerlich zu erscheinen, zu stören. Brückner bezeichnet sie deshalb als Provokateure:

„Von dem Potemkinschen ‚Neonazi'-Dorf in Westfalen führen direkte Verbindungslinien zu einem ‚Rechtsautonomen Schwarzen Block', der unlängst in wilder Aufmachung bei NPD-Demonstrationen auftauchte (die Parteiführung hat sich davon umgehend distanziert). Auch ein Protestzug der patriotischen Bürgerbewegung ‚Pro Köln' gegen einen örtlichen Moschee-Neubau sollte vor einigen Wochen von herbeigekarrten Kostüm-Nazis aufgemischt werden, was aber von den aufmerksamen Veranstaltern und der Polizei verhindert wurde. Ziel ist es, der demokratischen Rechten asoziale und kriminelle Elemente unterzuschieben: Diese stiften Unruhe im patriotischen Spektrum, schrecken den Normalbürger ab und gaukeln eine verbotsförderliche ‚Radikalisierung' vor." Es fragt sich allerdings, ob den Nazis „kriminelle Elemente" wirklich untergeschoben werden müssen, ziehen sie diese doch von ganz allein an wie Motten das Licht.

In der Auseinandersetzung um ein neues NPD-Verbotsverfahren wird schnell deutlich, wo die Neonazis ihre Verbündeten sehen: „‚Null Verstand, null Mut, null Gespür' attestiert der CSU-Bundestagsabgeordnete und Jurist Dr. Peter Gauweiler den Betreibern der antirechten Kampagne. ‚Dafür wird über den dramatisch steigenden Ausländeranteil bei Straftaten aller Art amtlicherseits überhaupt nicht mehr gesprochen, weil die entsprechende Statistik nicht mehr veröffentlicht werden darf.' Es handelt sich, so Gauweilers Einschätzung, um ‚gezielte Desinformation'."

Ins gleiche Horn wie Brückner stoßen zwei Autoren mit den Kürzeln hg und de (hinter letzterer Abkürzung könnte sich N&E-Herausgeber *Peter Dehoust* verbergen), die ebenfalls Abgrenzung propagieren: „Dieser Trend würde sich nach Expertenmeinung noch verstärken, wenn rechte Parteien ihr öffentliches Erscheinungsbild von störenden Elementen freimachten. Das NPD-Präsidium hat bereits mit einem Schritt in die richtige Richtung reagiert: Es fasste einen Abgrenzungsbeschluß gegen sogenannte ‚Rechtsautonome', die in letzter Zeit bei Demonstrationen einen ‚Schwarzen Block' nach linkem Muster bildeten und damit einen verheerenden Eindruck erzeugten. In Frankfurt am Main war es zu Handgreiflichkeiten zwischen solchen Kräften und NPD-Ordnern gekommen. NPD-Generalsekretär Peter Marx bezeichnete den auf ‚rechts' machenden ‚Schwarzen Block' als eine ‚kleine Gruppe, die von staatlichen Institutionen gefördert wird'.

Auch seitens der DVU, die mit der NPD im ‚Deutschlandpakt' verbündet ist und am 24. Februar 2008 zur Hamburger Bürgerschaftswahl antritt, wird seit geraumer Zeit auf eine Verbesserung des Erscheinungsbildes gedrungen. Man dürfe sich nicht von fragwürdigen, undisziplinierten Kräften ins Zwielicht setzen lassen. Im Unterschied zur NPD, die auch ‚Freie Kameradschaften' an eine vernünftige politische Arbeit heranzuführen versucht und dabei erhebliche Risiken in Kauf nimmt, verzichtet die DVU weitgehend auf (manchmal nur schwer zu kontrollierende) Demonstrationen und bevorzugt andere Methoden der Öffentlichkeitsarbeit". Man darf gespannt sein, wie die Auseinandersetzung weitergehen wird. Während der Altherrenverein DVU nämlich davon lebt, von Gerhard Frey in allerstärkstem Maß finanziert (und bestimmt) zu werden und seinen Wahlkampf fast ausschließlich medial führt, geht es der NPD erklärtermaßen auch um den Kampf um die Straße, bei dem sie genau auf die Kräfte angewiesen ist, die das öffentliche Erscheinungsbild stören. Wie dieser Widerspruch aufgehoben werden soll, ist noch unklar.

Dass es zwischen den verschiedenen rechten Organisationen bei aller öffentlichen Abgrenzung nur wenig inhaltlichen Dissens gibt, zeigt die sich äußerst seriös gebende „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.", eine Gründung von pro Köln: „‚Pro NRW' will zu den Kommunalwahlen nur in Städten antreten, wo noch keine Fraktionen anderer Rechtsparteien etabliert sind". Soviel zur Abgrenzung... *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507